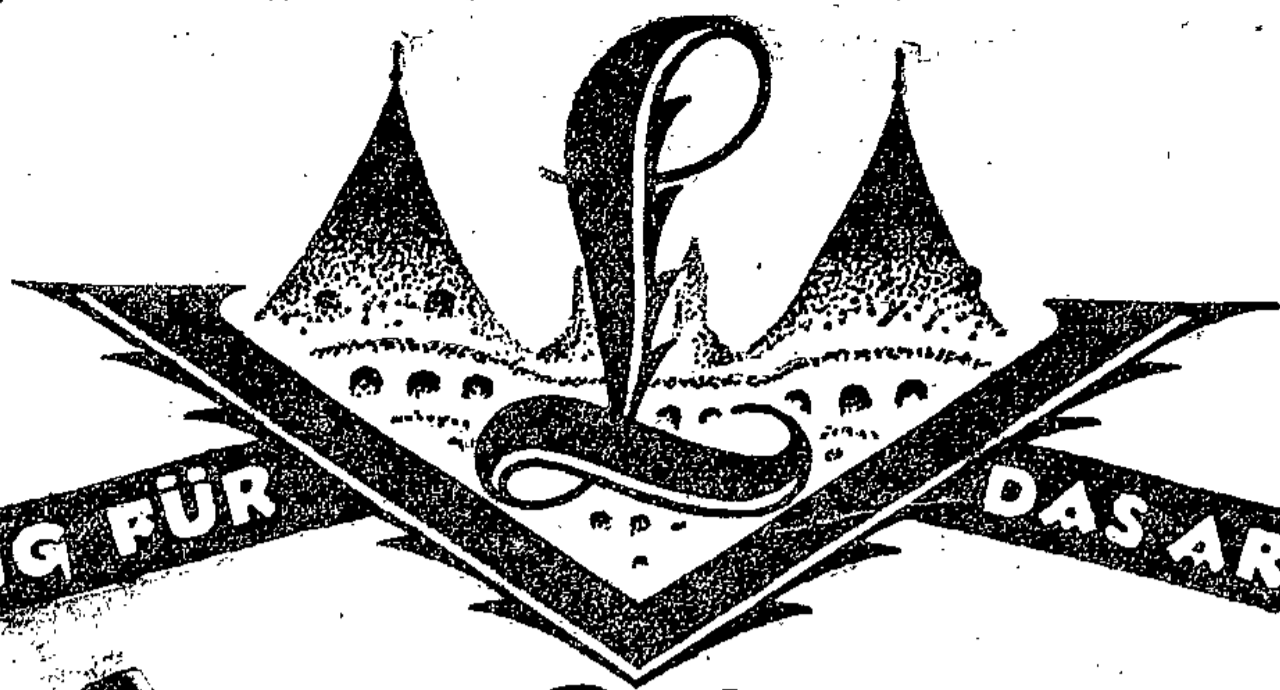


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 138

Freitag, den 16. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Im Haag.

Dr. L. Lübeck, 16. Juni.

Gestern hat die Vorkonferenz für die Haager Sachverständigenausprache begonnen. Frankreich steht einseitig noch beiseite; es hat vorläufig nur eine „Studienkommission“ ernannt; die still beobachtend die englisch-russischen Pläne auf Herz und Nieren prüfen soll. Diese Tätigkeit wird den Mitgliedern dieser Studienkommission Zeit lassen, die schöne Umgegend Haags in vollen Zügen zu genießen.

Vielleicht regt diese Umgegend den einen oder anderen Franzosen zu schließlichen Nachdenken an, zu einem Vergleich. Etwa so weit vom Haag wie Moising von Lübeck liegt ein Gärtnerdorf: Rijswijk. In diesem Dorf, in dem Schloß der Grafen von Holland, wurde einst der Friede von Rijswijk abgeschlossen und unterzeichnet. Dieser Friedensschluß sollte manchen französischen Kopf nachdenklich stimmen; zu einem Vergleich mit der Gegenwart anregen.

Im Frieden von Nimwegen (1679) hatte Ludwig der XIV., der ruhmreichste aller französischen Könige, nach langem und vielfach erfolgreichem Kriege den Höhepunkt seiner Macht erreicht. Die nationale Eitelkeit der französischen Nation und die erobertes Herrschaft ihres Königs kannten keine Grenzen mehr. Große Teile der Niederlande waren neufranzösisches Land geworden; die gewaltigen Gebiete des alten Burgund unterstanden nun der französischen Krone; und auch zu beiden Seiten des Oberrheins flatterte das golddurchwehte weiße Seidenbanner der Bourbonen. Die Oesterreicher hatten auf ihre Herrschaft im Elsaß und im Breisgau verzichtet; und selbst die alte freie Reichsstadt Freiburg im Breisgau mußte die französischen Lilien in die Steine ihrer Stadttore malen.

Aber die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Uebermuthetzte Frankreich und bestimmte auch seine Politik. Ein riesengroßes Heer, eine prunkvolle Staatsmaschine und ein verschwenderischer König hatten nach kurzer Zeit die besten Hilfsquellen des so reichen Landes aufgezehrt. Und als sich Europa aufs neue gegen die Willkürherrschaft des „Sonnenkönigs“ Ludwig aufbäumte, da waren Frankreichs Kräfte erschöpft. Mit Ach und Krach kam ein neuer, abgeänderter Friede zustande, eben der Friede von Rijswijk (1697).

Der größte Teil seiner Eroberungen und gleichzeitig ein gehöriges Stück seines alten Ansehens, gingen Frankreich wieder verloren. Von Burgund mußte es Lothringen und Luxemburg wieder herausgeben; nur die Freigravität (das heutige Burgund) durfte es behalten. Und von Vorderösterreich mußte es das gesamte rechtsrheinische Gebiet wieder an Habsburg zurückgeben; das Elsaß allerdings, mit Straßburg, blieb französisch.

Nimwegen hatte den Bogen überspannt; und die Nachkriegsjahre des Uebermuths, der Grenzlosigkeit französischen Ehrgeizes, der Unvernunft französischer Staatsmänner — Richelieu und Mazarin hatten keine ebenbürtigen Nachfolger gefunden — trieben schließlich die ganze Entwicklung so auf die Spitze der Unmöglichkeit, daß der Zusammenbruch kommen mußte. Rijswijk war dieser Zusammenbruch; daß er noch so glimpflich verlief, verdankte Paris hauptsächlich der Ohnmacht des deutschen Reichs, das infolge der machtgeringeren und undeutschen Hauspolitik der einzelnen deutschen Fürsten nur noch ein schattenhaftes Dasein führte.

Wenn sich die Geschichte auch nicht wiederholt, so warnt und beweist sie doch. Nimwegen und Versailles! Rijswijk und —? Noch immer haben sich Eitelkeit und Unvernunft gerächt; noch immer sind allzu scharfe Schwerterschattig geworden. Mögen diese uralt-trivialen Wahrheiten den einen oder anderen der französischen Vertreter unter den uralten Bäumen der breiten Straßen zwischen der Stadt Haag und dem Vorort Rijswijk wie stets wiederkehrende Schmetterlinge umgaukeln, oder wie dreißturtige Nachtfalter aus seinen dunklen Träumen aufschrecken.

Vielleicht käme dann noch der eine oder andere hoffnungsvolle Zug in die Verhandlungen. Aber nein, die französischen Vertreter verhandeln ja überhaupt nicht — sie hören nur zu. Wer verhandelt denn sonst? Amerika hat bekanntlich ganz abgesehen; Deutschland muß — zur Strafe für seinen Rapallo-Vertrag — fernbleiben; und Rußland wird erst später zugezogen. Bleiben also England und Italien mit einigen kleineren Staaten. Ob dazu ein solcher Aufwand nötig war?

Trotzdem sind die Verhandlungen gerade für Deutschland wichtig. Durch sie wird natürlich auch

der Rapallo-Vertrag gefördert oder behindert. Denn das ist ja der Haager Hauptzweck: Besprechung mit Rußland. Die Vorbesprechungen aber sollen erst das Einverständnis der Alliierten über die gegen Rußland zu befolgende Politik herbeiführen. Aber was soll dieses Einverständnis, wenn Frankreich absetzt steht?

In den nächsten Tagen will ja Poincaré seinen englischen Kollegen Lloyd George besuchen. Allerlei werden sich die beiden zu erzählen haben, und es ist anzunehmen, daß gerade diese Besprechung viel bedeutungsvoller sein wird als die ganze Haager Vorbesprechung. Allzu viel Liebeshändelungen werden sie sich allerdings nicht mitzuteilen haben. Sieht es doch beinahe so aus, als ob der unendlich schlau sein wollende Poincaré die Absicht hat, mit den englischen Konservativen und ihrer Affenliebe zu Frankreich stark zu liebäugeln. Ob der trotz seiner weißen Locken so jähzornige Lloyd George sich das bieten lassen wird? Jedenfalls ist er der schlauere von beiden, und Poincaré scheint seine Unterlegenheit nur noch durch einen starren und geistlosen Eigensinn ausgleichen zu können. Auch darüber wird der Verlauf der Haager Konferenz manchen Aufschluß geben können. Festzustellen ist bereits, daß Briand und auch Barthou in der französischen Kammer begonnen haben, auf das Barometer der öffentlichen Meinung zu klopfen. Sätze nicht der Zeiger der Kammerstimmung schon gezittert, so hätten sie das nie wagen können.

Dunkel liegt also der Weg der Haager Verhandlungen vor dem wartenden Europa. Beinahe interesselos schaut die Welt zu. Man spricht vielleicht von dem Friedenspalast, in dem getagt wird. Und man denkt an jene ungeliebte Sitzung im Jahre 1908, als Deutschlands Vertreter das Friedensabkommen elend sabotierten. Man erzählt auch von den Hotelpreisen in Scheveningen, dem Travemünde Haags. Aber man kümmert sich kaum um die eigentlichen Streitfragen der Verhandlungen: die Zurückgabe des alliierten Vorkriegseigentums in Rußland.

Man wird sich im Haag um die starren Eigentumsbegriffe Frankreichs und um die Weigerung Rußlands, seine Prinzipien aufzugeben, zanken. Ob man aber weiterkommen wird? Sowohl für Rußland als für Frankreich handelt es sich um prinzipielle Phrasen. Beide sind noch nicht bereit, die Phrase hinter die Sache zurückzustellen. Ob in dieser Richtung Haag einen Fortschritt bringen wird?

Nicht öffentliche Versammlung im Haag.

Aus dem Haag, 16. Juni.

Gestern nachmittag hat im Friedenspalast die Eröffnung der Haager Konferenz in Anwesenheit von 26 Staaten stattgefunden. Das erste offizielle Kommuniqué gibt ihr einfach diesen sehr neutralen Namen und legt nur etwas rätselhaft in Klammern dahinter: erste Kommission nicht russisch, zweite Kommission russisch. Diese Formulierung wird wahrscheinlich auch wieder ihre Vorgeschichte haben. Die Zusammensetzung der Delegationen, die noch nicht alle eingetroffen sind, ist ziemlich buntschickig. Die meisten Staaten haben neben ihren Hauptdelegierten ihre hiesigen Gesandten als Stellvertreter genannt. Die Delegationen erscheinen in ziemlich willkürlicher Stärke. So haben die Engländer fünf, die Franzosen dagegen nur einen Platz belegt, Italien zwei und die Oststaaten auch mindestens zwei. Heute wird in der Besprechung über die Geschäftsordnung für die Vorkonferenz eingetreten, die Zahl der zu bildenden Kommissionen usw. Jedenfalls kommt zur Sprache, in welcher Weise die Teilnahme der Russen an den Verhandlungen geregelt werden soll.

Die Sowjetdelegierten für den Haag.

Moskau, 16. Juni.

Als Vertreter der Sowjetregierung für die Haager Konferenz wurden Radowski, Krestinski und Solzhenizow bestimmt. Während der Haager Verhandlungen dürfte Tschischerin wahrscheinlich in Berlin bleiben, um die direkte Fühlungnahme mit der Haager Delegation aufrechtzuerhalten.

Gestaltungseröffnung des internationalen Gerichtshofes im Haag.

Zugleich mit der Haager Konferenz wurde gestern im Haag die Session des internationalen Gerichtshofes eröffnet. Der internationale Gerichtshof soll sich u. a. darüber aussprechen, ob die wichtige Frage der Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft unter die Kompetenz der internationalen Arbeiterorganisation fällt oder nicht.

Gerard über die englische Wirtschaftslage.

London, 16. Juni. (Voss. Ztg.)

Der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, James W. Gerard äußert sich heute über die wirtschaftliche Lage Englands. Er führt u. a. aus:

Ueber die unmittelbar bevorstehende wirtschaftliche Zukunft Englands denke ich nicht sehr optimistisch. Ich fürchte, daß England in naher Zukunft gegen ein Konkurrenz von Deutschland zu kämpfen haben wird, wie sie bisher noch nicht da war und ebenso auch im geringeren Maße von Amerika. Die Deutschen arbeiten außerordentlich energisch. Es gibt praktisch keine Arbeitslosigkeit in Deutschland und dabei arbeiten die Deutschen nur für ihr bloßes Leben. Andererseits muß man damit rechnen, daß 2,400,000 Arbeitslose in England vorhanden sind; eine solche Zahl kann England auf längere Zeit wirtschaftlich nicht unterhalten. Außerdem habe ich den Eindruck, als ob England die Blüte seiner Bevölkerung durch Auswanderung verliert.

England und Irland einig.

London, 15. Juni.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen England und Irland sind gestern abend endgültig abgeschlossen worden. Churchill zeigte sich sehr befriedigt von dem Ergebnis der Besprechungen und erklärte, daß der Verfassungsentwurf nun für England annehmbar sei. Dieses Abkommen wird heute morgen dem englischen Kabinett zur Genehmigung unterbreitet werden. Nach Beendigung der Kabinettsitzung wird Churchill sich nach dem Unterhause begeben, um dort die schon seit einer Woche erwartete Erklärung über die irische Frage abzugeben.

Internationale Tagung in London.

Am 18. Juni beginnt in London eine Konferenz der 2. Internationale, der große Bedeutung beizumessen ist und an der vermutlich Vertreter sämtlicher angeschlossener Parteien teilnehmen werden. Die Konferenz wird zwei bis drei Tage dauern. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung der politischen Lage Europas, wozu aus allen angeschlossenen Ländern Berichte erstattet werden sollen. Man wird sich dann mit der allgemeinen Wirtschaftslage beschäftigen, insbesondere mit dem Stand des Arbeitsmarktes, der Störung des Handels durch die Aufrichtung neuer Grenzen, mit dem Reparationsproblem und den Beziehungen zu Rußland. Als dritter Punkt sollen Entwicklung und Ausfall der Internationalen besprochen werden.

Dieser großen Konferenz geht am 17. eine Sitzung des Exekutivkomitees voraus. Dort wird über die Verhandlungen der Reunionskommission berichtet werden, und das Verhältnis der 2. Internationale zur Gewerkschaftsinternationalen und zu Wien soll einer ausführlichen Beratung unterzogen werden.

Unsere Partei wird bei diesen Tagungen bekanntlich durch die Genossen Otto Weis und Dr. Adolf Braun vertreten sein.

Die Räumung Oberschlesiens.

Rattowitz, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Das Räumungsabkommen für Oberschlesien soll am Donnerstag abend unterzeichnet werden. Für die Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist die Notifizierung der zukünftigen Grenze durch die Interalliierte Regierungskommission vorgesehen. Die verurteilten politischen Gefangenen bleiben in deutschen Gefängnissen; schwebende Verfahren sollen von deutschen Gerichten abgeurteilt werden.

Die Räumung der besetzten ober-schlesischen Gebiete wird in der ersten Etappe bereits am Freitag erfolgen. Insgesamt sind fünf Etappen in kurzen Zeitabständen für die Räumung vorgesehen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, an die scheidenden und verbleibenden Oberschlesier einen Aufruf zu richten, der am Samstag der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Ruhige Börse.

Berlin, 15. Juni.

Der Berliner Devisenmarkt zeigte am Donnerstag nur noch geringe Schwankungen. Die Umläge waren unbedeutend. Amtlich notierten: Kabel New York 311,25, London 1392,50, Holland 12100. Am Effektenmarkt sieht sich die Spekulation vereinsamt. Das Publikum, auf dessen Teilnahme man gerechnet hatte, blieb dem Geschäft fern. Infolgedessen macht sich Abgabeneigung bemerkbar. Die Kurse bröckeln Tag für Tag ab, jedoch die Anfangs der Woche erzielten Gewinne bereits wieder verloren sind.

Die Ergänzungsnote der Reparationskommission.

Berlin, 15. Juni.

Der kritische 31. Mai ist bekanntlich ohne Störung vorübergegangen. Die von der Sozialdemokratie empfohlene Methode, die scharfen Forderungen der Reparationskommission auf dem Wege von Verhandlungen herunterzubringen, hat sich durchaus bewährt. Bekanntlich hatte die Reparationskommission ursprünglich gefordert, daß über die Einnahmen aus dem Finanzkompromiß hinaus im laufenden Jahr noch 60 Milliarden neuer Steuern geschaffen werden sollten. Sie hatte außerdem weitgehende Forderungen in der Richtung einer Finanzkontrolle gestellt. Die deutsche Regierung hat ihr darauf geantwortet, daß von 60 Milliarden neuer Steuern keine Rede sein könne und daß sie an der Souveränität des Deutschen Reiches festhalte. Über anderes ließe sich verhandeln. Und es wurde verhandelt. Im Laufe dieser Verhandlungen tauchte das Projekt einer großen von Amerika geleiteten Mission und einer gleichzeitigen Herabsetzung der deutschen Schulden mit überraschender Schnelligkeit auf, freilich ohne sofort zur Durchführung zu kommen. Das Projekt selbst ist aber nicht ausgefallen. Wenn es zunächst am Widerstand Frankreichs scheitert, so ist es doch tatsächlich von der ganzen übrigen Welt gutgeheißen und begrüßt worden. Und in Frankreich selbst werden täglich die Stimmen schriller und lauter, die erklären, daß die Notierung der französischen Regierung gegenüber der ganzen Welt auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein werde. Der Gedanke der Revision marschiert. Er marschiert schneller als selbst Optimisten bei der Annahme des Londoner Finanzdiktaims im Mai vorigen Jahres gehofft hatten.

Da die Revision aber noch nicht reifgelegen ist, muß die Reparationskommission weiter ihres Amtes warten. Die Ereignisse der letzten Zeit haben indessen es klar werden lassen, daß bei ihren Mitteilungen, ausgenommen die Finanznoten, keineswegs die Absicht besteht, die Reparationsfrage bis zum Konflikt und zur Krise zu treiben. Den gemäßigten Wünschen der Reparationskommission entspricht auch der Inhalt der neuen Note, die wir im wesentlichen Inhalt getreu veröffentlichen.

Die Note trägt in keiner Weise ultimativen Charakter. Sie verweist alles auf den Weg der Verhandlungen. Von 60 Milliarden neuer Steuern ist mit keinem Wort mehr die Rede. Es wird nur die Gewissung ausgesprochen, daß von der Zusage, die bekanntlich in das Finanzkompromiß eingeschlossen ist, bis zum 1. Januar 1928 mindestens 40 Milliarden angesetzt sein werden. Im übrigen läßt die Note den berechtigten Wunsch erkennen, daß für die Restzahlung der Entschädigung und der Restzahlung der Reparationen die Autonomie der Reichsbank übergeben werde, ohne daß jedoch neue Steuern zur Durchführung dieser Forderungen verlangt werden. Wichtig ist die Anerkennung der Tatsache, daß die Beilegung der Inflation und Währungsfrage der Welt ein Problem ist, das nicht mehr als ein Problem der Welt betrachtet werden kann, wenn die Staatsverträge in Ordnung gebracht sein werden. Hier muß jedermann an das berühmte Gutachten des Anstaltskomitees denken, nach dem eine Lösung der deutschen Währungsfrage ohne Revision der finanziellen Bedingungen von Paris nicht möglich ist. Die deutsche Forderung sollte schärfer und konkreter sein. Die Reparationskommission hat sich an dem Punkte, an dem die große Aufgabe, d. h. eine Revision, ausstehend bleiben muß. Hier hat sich also eine Verbesserung der Meinungen zwischen ihr und der deutschen Regierung herausgestellt.

Wenn jetzt die Reichsregierung die deutsche Regierung möchte diese neue Note der Reparationskommission in den Vordergrund stellen und damit die Welt auf sich aufmerksam machen, so ist das ein sehr gefährliches Spiel, das sie nicht spielen darf. Eine solche Haltung der Reichsregierung ist ein Fehler, der die Dinge in der Welt nur noch schlimmer machen würde. Die Reparationskommission hat sich an dem Punkte, an dem die große Aufgabe, d. h. eine Revision, ausstehend bleiben muß. Hier hat sich also eine Verbesserung der Meinungen zwischen ihr und der deutschen Regierung herausgestellt.

Wenn jetzt die Reichsregierung die deutsche Regierung möchte diese neue Note der Reparationskommission in den Vordergrund stellen und damit die Welt auf sich aufmerksam machen, so ist das ein sehr gefährliches Spiel, das sie nicht spielen darf. Eine solche Haltung der Reichsregierung ist ein Fehler, der die Dinge in der Welt nur noch schlimmer machen würde. Die Reparationskommission hat sich an dem Punkte, an dem die große Aufgabe, d. h. eine Revision, ausstehend bleiben muß. Hier hat sich also eine Verbesserung der Meinungen zwischen ihr und der deutschen Regierung herausgestellt.

Aus dem Sowjetparadies.

Die russischen Sozialdemokraten im Moskauer Kongreß, Genie und Genie, sind in einem Schreiben an den Reichskommissar für Justizfragen gegen die Behandlung in Moskau. Ihr Quartier liegt am Ufer der Stadt und sie sind umgeben von drei Beamten. Die Folgen dieser Besetzung sind folgende:

1. Die mit letztem Schuss beendeten Beamten befinden sich in der Stadt. Ihre unmittelbare Begleitung besteht aus drei Beamten, die die Beamten beobachten. Die Beamten beobachten demnach unter großer Spannung, daß die Verhandlung nicht unterbrochen werden. Es besteht die Gefahr, daß eine Beobachtung zu letztem Schuss, sondern zu anderen Zwecken.
2. Am Tage nach unserer Ankunft durften wir nicht einmal die Beilegung der Beamten in die Stadt fahren, um den Justizminister zu sehen. Die Beamten sind in der Stadt und wir sind in der Stadt. Die Beamten sind in der Stadt und wir sind in der Stadt.
3. Am Tage nach unserer Ankunft durften wir nicht einmal die Beilegung der Beamten in die Stadt fahren, um den Justizminister zu sehen. Die Beamten sind in der Stadt und wir sind in der Stadt.
4. Am Tage nach unserer Ankunft durften wir nicht einmal die Beilegung der Beamten in die Stadt fahren, um den Justizminister zu sehen. Die Beamten sind in der Stadt und wir sind in der Stadt.

Laubnis hierzu bis nach Einholung besonderer Instruktionen vorliegt.

5. Vandervelde wurde genötigt, eine Zusammenkunft, die er mit dem englischen Vertreter in Moskau verabredet hatte, abzusagen.

6. Bei Gelegenheit von Besorgungen stellte sich für uns die Notwendigkeit heraus, verschiedene Geschäfte zu besuchen. Es wurde uns nicht gestattet, daß jeder von uns das ihn interessierende Geschäft der beieinander liegenden Geschäfte auszuwählen durfte, um uns nach einer halben Stunde wieder zu treffen; der Beamte verlangte daß wir ständig zusammen und bei ihm blieben. Nicht einmal in demselben Geschäft durften wir uns einzeln in die verschiedenen Abteilungen begeben.

Was würden die Kommunisten sagen, wenn die deutsche Regierung Karl Radek, der keine Serienfabrik in der „Nation“ wieder aufgenommen hat, die selbe Behandlung zuteil werden ließe? Man erinnert sich vielleicht noch des Geschrei in kommunistischen Lager, als dieser Vertreter des Sowjetparadieses, der sich verpflichtet hatte, sich aller parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten, verhindert wurde, sein Wort zu brechen. Die Empörung müßte im vorliegenden Fall naturgemäß dreimal so laut sein. Aber freilich, wie sollte in dem Heuchlerjumpf der kommunistischen Jesuitenzöglinge auch der Mut zu finden sein, zu sagen, was ist! Sie müssen die Wahrheit auf den Kopf stellen, um nicht selbst den Kopf zu verlieren.

Aus Seltensart wird uns geschrieben: Auf Verfügung des Chefs der Volkswirtschaftlichen Verwaltung Beschlagnahme der Moskauer Witz in den Zeitungskosten und bei den Zeitungsverkäufern die Rede Vanderveldes am ersten Sonntag, die als Einzelausgabe gedruckt worden war. Die Beschlagnahme wird offiziell dadurch begründet, daß die Rede entsetzlich und ihre Übersetzung ungenau sei. Ungeachtet der strengen Maßnahmen, die getroffen wurden, um eine Verbreitung der Rede unter der Moskauer Bevölkerung zu verhindern, ist sie dennoch in Hunderttausenden von Exemplaren in die Hände der Arbeiter gelangt. Die Arbeiter selbst haben für ihre Verbreitung auch in der Provinz Sorge getragen. Der Sowjetregierung wird sicherlich weniger um die „genaue Übersetzung“, desto mehr aber die Furcht vor der Wahrheit bei ihrer Mahnung am Herzen gelegen haben. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit ist bekanntlich ein Ideal der Sowjets.

Die unstrittige Zwangsanleihe.

Berlin, 15. Juni.

Die Beratungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hinter den Kulissen haben, wie jetzt bekannt wird, den Zweck gehabt, über die Umgestaltung des Erbschaftsteuergesetzes ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Die genannten Parteien fordern jetzt, daß gleichzeitig mit der ersten Lesung des Zwangsanleihegesetzes auch die Beratung ihrer Anträge zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes stattfinden soll. Die Volkspartei droht mit einer Verschiebung der Zwangsanleihe, falls dem gemeinsamen Wünsche der Rechten nicht entsprochen wird, und hält die Angelegenheit so dar, als ob die Umänderungsanträge zum Erbschaftsteuergesetz die Erfüllung eines Teiles des Kompromisses darstellten. Wie uns hierzu von der Reichstagsfraktion mitgeteilt wird, ist diese Auffassung falsch. Die Zwangsanleihe, die nebenbei gesagt, als ein Teil der Finanzreform der Entente notwendig wurde, ist ein Teil des Kompromisses. Sie muß jetzt erledigt werden, weil ein Teil der Einkünfte der Zwangsanleihe noch für das Etatsjahr 1922 Verwendung finden muß. Die Forderung des Erbschaftsteuergesetzes ist von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei als notwendig proklamiert worden, als vor Abschluß des Kompromisses über die Weimarer Verfassung gesprochen wurde. Die Deutsche Volkspartei hat damals nur beantragt, daß die Bestimmungen des Erbschaftsteuergesetzes der Gesamtberatung angepaßt werden müßten, wenn eine solche Anpassung für andere Steuergesetze stattfinden sollte. Daß das geltende Erbschaftsteuergesetz infolge der Geldentwertung die Einkommen und mittlerer Vermögen hart trifft, ist nicht zu bestreiten. Der Steuerzuschlag wird sich deshalb in aller Nähe mit dem Initiativantrag der Deutschen Volkspartei befassen. Soweit mit unterrichtet sind, ist über die Behandlung dieses Antrages eine Beschließung bereits angedacht. Zur Anweisung ist also keine Ursache. So einfach werden die Herren von der Deutschen Volkspartei von dem Kompromiß-Standpunkt der Zwangsanleihe nicht wegstommen.

Stärker der Zwangsanleihe wird von gewissen Journalisten und die Abkündigung über die Getreidemenge als Kritikpunkt für das Reichswirtschaftsministerium. Man hat ohne Klarheit über die politische Situation in den kommenden Tagen zu haben, bereits gabelmännlich einen Sturz des Kabinetts Wirth errechnet. Demgegenüber ist festzustellen, daß erst die kommenden Tage abgewartet werden müssen, um eine Übersticht über die Gestaltung der politischen Situation im Laufe der kommenden Woche zu gewinnen. Das ist umso mehr erforderlich, als fast sämtliche Fraktionen des Reichstages zu dem Geschehen über die Getreidemenge, wie es vorliegt, noch keine endgültige Stellung genommen haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß eine Kabinettskrise unumgänglich ist.

Stellung des Parteiauschießes.

SPD. Berlin, 15. Juni.

Der Parteiauschieß hat am Donnerstag im Sitzungssaal des Parteivorstandes zu einer einstündigen Beratung zusammen. Genosse Wels hielt das einleitende Referat, das sich in der Hauptsache mit Organisationsfragen, den Vorbereitungen zum Parteitag und der Festlegung der Tagesordnung des Parteitages beschäftigte.

Der Parteitag wird am 17. September abends 6 Uhr in der großen Halle in Ansbach mit einer Begrüßungsfeier eröffnet werden. Am ersten Verhandlungstage wird der Bericht des Parteivorstandes erstattet. Dr. Adolf Braun soll ein allgemeines Referat, Wels einen Bericht über die Frage der Internationalen und Welt des Reichsberichts und den Bericht über die Organisations- und Organisationsfragen erstatten. Für die Kontrollkommission erstattet Brühe Bericht; die Reichstagsfraktion hat noch keinen Berichterstatter bestimmt. Genosse Albin Seeger-Münster soll über das Thema „Justizreform“ sprechen und wird jedenfalls ein Programm zur Justizreform begründen. Genosse Johanna Reiche-Hamburg ist als Referentin für das Thema: „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale und wirtschaftliche Stellung der Frau“ vorgesehrt.

Am 17. September der Parteitag wurde beschlossen. Die Verhandlungen werden in Zukunft, falls nicht anders anstehend, der Öffentlichkeit ferngehalten werden.

Der nächste ist der Wirth!

Einem, der aus der Schule plauderte.

In „Volkswort“, unserem Karlsruher Parteiblatt, lesen wir eine nette Geschichte, die wahr ist. Danach spielte sich am Pfingstmontag in Oppenau, also in dem Orte, wo der Erzberger-Mörder wohnte, folgender Vorfall ab:

Im Garten der Brauerei Bruder saßen an einem Tische zwei Herren, von denen jeder seine Gattin, der eine zwei Kinder, der andere ein Kind bei sich hatte. Die Herren kamen miteinander ins Gespräch, in dessen Verlauf der eine Herr, der norddeutsche Dialekt sprach, den anderen Herrn um seine Ansicht über wirtschaftliche und politische Fragen anging und schließlich die Frage stellte, wie der andere Herr über die heutige Regierung urteile. Die Antwort lautete: „Da ich Sie und Sie nicht kennen, hat schließlich eine solche Unterhaltung doch wenig Sinn. Aber wenn Sie es wissen wollen, so sei gesagt, daß die heutigen Männer an der Spitze der Reichsregierung selber die Konkursverwaltung des alten Regimes spielen müssen, im übrigen ihr Bestes tun und dransehen, um noch zu retten, was zu retten ist.“

Mit außerordentlicher Lebhaftigkeit antwortete hierauf der Herr mit dem norddeutschen Dialekt: „Diese Auffassung teile ich gar nicht.“

Den Erzberger haben sie ermordet, jetzt kommt ein anderer dran!“

Auf die Gegenfrage des andern Herrn, wer nun dieser „andere“ sein soll, erhielt er die prompte Antwort:

„Das ist der Wirth!“ Und nach einer kleinen Pause:

„Der Reichstangler, der zurzeit in Baden weilt.“

Die Antwort wirkte auf den fragenden Herrn außerordentlich tief. Nachdem er sich aber von seiner Überraschung erholt hatte, erhob er sich und stellte sich dem mordlustigen Tischnachbar als — der Bruder des Reichstanglers Wirth vor.

Es war unser Parteigenosse, der badische Landtagsabgeordnete Wirth.

Der mordlustige deutschnationale Zeitgenosse verteidigte sich, als unser Genosse Wirth ihm in gebührender Weise die Schändlichkeit seiner Auffassung und Neben vorgehalten hatte, damit, die Auffassung, daß auch Wirth ermordet werde und dran kommen müsse, sei die einmütige Auffassung in seinen Kreisen. In Preußen und speziell in seiner Düsseldorf Bekanntheit herrsche diese Auffassung allgemein vor.

Genosse Wirth ließ dann am Bahnhof in Oppenau den mordlustigen Deutschnationalen durch die Gendarmerie feststellen und er entpuppte sich als ein Rechnungsführer Wilhelm Hümmel, Düsseldorf, angeheiratet bei der Düsseldorf Drahtindustrie.

Gegen den Mann ist selbstverständlich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Aber bevor die Gerichtsbehörden irgendeinen Beschluß fassen konnten, wußte ein deutschnationales Blatt in Karlsruhe schon zu melden, daß die Einleitung eines Strafverfahrens abgelehnt worden sei. Das kann natürlich nicht stimmen. Aber wie das auch sei — die Schwärzei des unvorsichtigen Düsseldorfers beleuchtet wieder einmal die Richtung, in welcher das deutschnationale Ideal liegt.

Der Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

SPD. Berlin, 15. Juni.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 10. Juni in Amsterdam. Der Hauptzweck der Zusammenkunft war, dem Beschluß des römischen Gewerkschaftskongresses, eine energische Aktion gegen den Krieg einzuleiten, praktische Wirkung zu geben. So wurde ein großer Teil der jetzigen Tagung der Prüfung der diesbezüglichen Vorschläge gewidmet. Am Ende der Aussprache wurde beschlossen, im Anfang des kommenden Dezembers einen Weltkongreß gegen den Krieg nach Amsterdam einzuberufen. Zu dieser Tagung werden nicht nur die dem Bund angeschlossenen Organisationen eingeladen, sondern alle Arbeitervereinigungen, ganz gleich welcher politischen und geistigen Richtung, auch die pazifistischen Körperschaften. Von den Teilnehmern wird als Zulassungsbedingung verlangt, das Problem auf der Grundlage der Entschließung des Kongresses von Rom zu erörtern.

Weiter hat das Bureau beschlossen, einen besonderen Fonds zur Deckung der Kosten des Weltkongresses zu schaffen. Zu diesem Zweck wird zunächst eine internationale Friedensmarke herausgegeben, die einen freiwilligen Beitrag der organisierten Arbeiter darstellt. Immerhin wird von den Gewerkschaftsgenossen verlangt, daß sie den Lohn einer halben Stunde für den Kampf gegen den Krieg opfern. Ein internationaler Wettbewerb wird für die Zeichnung dieser Friedensmarke ausgeschrieben werden. Im übrigen ist beschlossen, daß der Gewerkschaftsbund eine Vertretung zu dem 22. Weltfriedenskongreß, der vom 25. bis 29. Juli in London tagt, entsendet. Der Austausch von Gewerkschaftsgenossen, der längst als notwendig empfunden wurde, soll nunmehr auch durchgeführt werden. Es ist geplant, einen Austausch von Genossen der verschiedenen Bundesorganisationen vorzunehmen, die sich mit den Sitten der gewerkschaftlichen Einrichtungen, der Sprache der betreffenden Länder usw. vertraut machen, um dann die Eindrücke in der Heimat praktisch zu verwerthen. Daß aus einer solchen Einrichtung eine weitgehende Förderung des internationalen Gedankens hervorgeht, ist zweifellos.

Nach dem bei der Zusammenkunft des Amsterdamer Bureaus erstatteten Bericht über die Hilfe des Bundes für Rußland geht hervor, daß noch genügend Lebensmittel vorrätig sind, um die unter Obhut genommenen 42000 Kinder und die seit dem 1. Januar unterstühten 50000 Erwachsenen bis zum 1. September zu ernähren. Der Bundesvorstand beabsichtigt, mit der sowjetischen Regierung über die Verteilung von Lebensmitteln und Kleibern in verschiedenen Gebieten zu verhandeln.

Gelegentlich des Baseler Kongresses der Internationale der Kooperativen wurde von dieser der Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsinternationale ausgedrückt. Damit ist das Bureau einverstanden. Das Sekretariat wurde beauftragt, den Tag und die Tagesordnung für eine gemeinsame Konferenz festzusetzen. Eine weitere Zusammenkunft soll Vorstufe für einen Kongreß der Lehrkräfte aller Länder treffen. Nach einem nachdrücklichen Protest gegen die Sauberkeit der italienischen Regierung den Faschistenbanden gegenüber wurde gemäß dem von dem Kongreß von Rom erhaltenen Auftrag eine Untersuchung der dem Bund angeschlossenen Arbeiterinnenorganisationen beschlossen.

Die gefährdete Getreideumlage.

Von Georg Schmidt (Köpenick), M. d. R.

Ueber den Stand der Verhandlungen mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der sich darauf beruft, Vertreter der gesamten landwirtschaftlichen Unternehmer zu sein, über die kommende Brotversorgung wurde in diesen Tagen berichtet, daß die Landwirtschaft sich bereit erkläre, bis zu einem gemeinsamen mit der Regierung näher zu bestimmenden Termin eine ausreichende Getreidemenge zur Verfügung zu stellen. Ferner sei die Landwirtschaft bereit, zur Herabsetzung des Brotpreises für die minderbemittelte Bevölkerung einen Teil der Lasten zu übernehmen, den sie gemeinsam mit den anderen Berufsständen zu tragen bereit sei. Die Regierung solle den Gesetzentwurf über die Getreideumlage bis in die technischen Einzelheiten ausarbeiten, jedoch die Umlage nur gegen diejenigen Landwirte zur Anwendung bringen, die sich nicht rechtzeitig an der freiwilligen Bildung des Getreidereservefonds beteiligen. Es wird von Schwierigkeiten der Verständigung gesprochen, weil die Regierung nicht bereit sei, auf diese „weitgehenden Vorschläge“ der Landwirtschaft einzugehen.

In diesen Tagen wurde auch im „Vorwärts“ auf die neuen Richtlinien gegen die Umlage hingewiesen, worauf die „Freiheit“ zuerst aufmerksam machte. Es handelt sich dabei um einen rücksichtslosen Kampf einer gewissen Richtung in der Landwirtschaft gegen das Umlageverfahren. Die landwirtschaftlichen Spitzenvertretungen bestreiten, mit diesen Richtungen etwas zu tun zu haben. Das mag zutreffen, aber im Lande wird von gewissen Kreisen diese Hege geführt und wird die „Freiheit“ sicher in der Lage sein, auch die Stelle anzugeben, woher diese Richtlinien stammen. Nun behaupten aber „die Vertreter der Landwirtschaft“, die Veröffentlichung dieser Richtlinien hätte auf den Gang der Verhandlungen mit der Regierung außerordentlich störend gewirkt.

Die Öffentlichkeit muß darüber unterrichtet werden, daß bis jetzt durch Verhandlungen mit der Landwirtschaft so gut wie gar nichts erreicht ist, sondern man kann mit Zug und Recht die bisher gepflogenen Verhandlungen als Verschleppungsmanöver bezeichnen. Gewiß ist die Landwirtschaft bereit, die nötigen Getreidemengen zur Verfügung zu stellen. Aber in der Öffentlichkeit ist bisher seitens der Vertreter der Landwirtschaft nicht gesagt worden, daß dieses Zurückweichen nur erfolgen soll zu dem jeweiligen Tagespreis, d. h. bei freier Wirtschaft zu dem Weltmarktpreis des Getreides. Diese Tatsache muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden und muß mit Recht als eine Verhöhnung der Verbraucher aufgefaßt werden, wenn jene „Vertreter der Landwirtschaft“ hierbei noch so tun, als wenn sie ein gutes Werk erfüllen und dem Volke eine Wohltat erweisen würden. Bei diesen Verhandlungen im Reichsernährungsministerium mit den Vertretern der Landwirtschaft wurde immer dann, wenn gefragt wurde, zu welchem Preis das Getreide zur Verfügung gestellt wird, ausdrücklich erklärt, selbstverständlich nur zu dem jeweiligen Tagespreis. Ich will darüber hinweggehen, was an Drohungen seitens der Vertreter der Landwirtschaft bei diesen Verhandlungen ausgesprochen wurde, weil dies die gespannte Situation nur noch mehr verschärfen würde.

Tagespreis ist Konjunktur- und Valutapreis. Es muß bei dieser Gelegenheit wiederum daran erinnert werden, daß im September vorigen Jahres der Landbund in der Presse eine Darstellung der Produktionskosten der Landwirtschaft veröffentlichte, nach der bewiesen ist, daß der vorjährige Preis für Umlagegetreide mit 105 Mk. pro Zentner ausreichend war. Der Landbund der Provinz Sachsen hatte die Unkosten im Wirtschaftsjahr 1921 aus rund 1000 landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Sachsen errechnet. Unter Zugrundelegung eines Durchschnittsergebnisses von 7 Zentnern Roggen je Morgen zu je 105 Mk. ergab dies eine Einnahme von 735 Mk. Die Produktionskosten pro Morgen sollen aber 925 Mk. betragen haben. In der agrarischen Presse schreiben natürlich nur Sachverständige. Dabei haben diese Sachverständigen natürlich nur irrtümlicherweise vergessen, daß pro Morgen auch durchschnittlich

14 Zentner Stroh zu je 15 Mk. — 210 Mk. anzurechnen sind. Mithin schon nach der famosen Landbundesrechnung ein Uberschuß von 20 Mk. je Morgen, aber kein Fehlbetrag. Ferner hat der Landbund der Provinz Sachsen einfach den Reichsdurchschnitt von 7 Zentnern pro Morgen, der bei dem Umlageverfahren zur Errechnung zugrundegelegt wurde, als tatsächliches Erntergebnis angenommen. Heute geben selbst die Landbündler öffentlich zu, daß wir im vorigen Jahre eine verhältnismäßig gute Ernte hatten. In der Provinz Sachsen, wo in der Bördegegend mehr als 20 Zentner Weizen pro Morgen im vorigen Jahre geerntet wurden, ist es einfach eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man bei dieser Milchmädchenrechnung des Landbundes der Provinz Sachsen nur 7 Zentner Roggen als Durchschnittsertrag angenommen hat. Rechnet man zu den 7 Zentnern Roggen nur noch 3 Zentner hinzu, dann hat nach dieser Landbundesrechnung der Morgen Roggen dem Landwirt einen Uberschuß von etwa 300—400 Mk. gebracht, wenn man auch den Ertrag des Strohes berücksichtigt. Dazu kommt noch, daß ja nur ein Teil des Roggens, zugunsten der abliefernden Landwirte wollen wir ein Drittel annehmen, zu Umlagepreisen zur Ablieferung gelangte, während das andere Getreide im freien Verkehr verkauft wurde.

Ich führe dieses Beispiel nur an, um zu zeigen, daß die Forderung der Landwirtschaft nach Konjunktur- und Valutapreisen nicht gerechtfertigt ist. Damit will ich nicht gesagt haben, daß der vorjährige Umlagepreis auch dieses Jahr gelten soll. Es hat aber keinen Wert, hierüber nähere Vorschläge zu machen, weil die Vertreter der Landwirtschaft jeden Verständigungszweck brüsk ablehnen nach dem Wahlspruch: Wir haben die Macht, wir haben den Roggen. Ich habe an einem Teil dieser Verhandlungen im Reichsernährungsministerium mit den Vertretern der Landwirtschaft teilgenommen. Obwohl derartige Verhandlungen in der Regel nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, halte ich es nun für meine Pflicht, einmal öffentlich zu erklären, daß das mit der Bereitstellung einer Getreidereserve durch die Landwirtschaft zum Tagespreis weiter nichts als Mumpitz ist.

Dabei will ich noch daran erinnern, daß dieselben Kreise, die sich als Vertreter der Landwirtschaft aufspielen, es ist die Richtung Reichslandbund, fortwährend an die Regierung Forderungen erheben, wieder Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter einzuführen. Es handelt sich dabei unter anderem darum, daß landwirtschaftliche Arbeiter, die in der Industrie Beschäftigung gefunden haben, hier entlassen werden sollen, um der Landwirtschaft wieder zugeführt zu werden. Derartige Bestimmungen bestanden während des Krieges und wurden in der Regel nur dazu benutzt, um gemäßregelte Vertrauensleute der Landarbeiterorganisation, die bei den Landwirten auf der schwarzen Liste standen und dann in der Industrie Arbeit fanden, auf Grund derartiger Bestimmungen, die nun aufgehoben sind, wieder hinfällig zu machen. Geetze dieser Art bestanden noch nicht einmal in der Vorkriegszeit. Heute fordert man dies angeblich zur Hebung der Volkswirtschaft. Ferner soll die Landwirtschaft als lebenswichtiger Betrieb erklärt werden. Die technische Nothilfe soll bei Ausbruch eines Landarbeiterstreiks sofort einsetzten und zum Schutz der Arbeitswilligen soll Schutzpolizei oder Militär zur Verfügung gestellt werden. Die Landbündler fordern also die Regierung auf, rücksichtslos den Zwang gegen die Landarbeiter auszuüben, während man auf der anderen Seite unbeschränkte freie Wirtschaft fordert zur Erzielung von Weltmarktpreisen für das Getreide, die in keiner Weise durch die Produktionskosten berechtigt sind.

Der Reichsernährungsminister hat natürlich das verständliche Bestreben, sich mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen über einen gangbaren Weg zu verständigen. Ich habe diese Bestrebungen unterstützt, muß aber nun sagen, daß eine Verständigung mit jenen Kreisen nicht möglich ist. Der Reichstag wird die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Umlageverfahrens schaffen müssen und dann ist abzuwarten, ob „die Vertreter der Landwirtschaft“ auch diejenigen Landwirte hinter sich haben, die meines Erachtens nach wie vor zu einer Verständigung mit der Regierung bereit sind.

Die brennende Anschlussfrage.

Der Zustand, in dem sich das unglückliche Oesterreich befindet, ist ein Hojn auf alles Recht und auf alle Vernunft. Er ist ein Hojn auf alles Recht, weil dieses Oesterreich seine Entstehung einem Frieden verdankt, der angeblich auf dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker begründet ist. Es ist die vollste Verletzung dieses Grundsatzes, wenn man einen Bestandteil eines gewesenen Staates und Bestandteil eines bestehenden Volkes zwingt, eine staatliche Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, die er gar nicht haben will und von der er selber gar nicht glaubt, daß er sie aufrecht zu erhalten imstande ist. Der Zustand Oesterreichs ist aber auch ein Hojn auf alle wirtschaftliche Vernunft, weil man aus einem früher zusammenhängenden Wirtschaftsgebiet das Kern- und Herzstück einfach herausgerissen hat und es in dieser Zusammenhanglosigkeit zu einem Leben verurteilt, das nichts anderes als ein Dahinsinken sein kann. Wien, die große Handelszentrale, der Umschlagplatz des nahen Ostens mit einem Stück Aserland und weiten Gebirgsgebirgen zusammen als einen selbständigen Staat konstruieren, das war einfach zu schlecht. Aber für 6 Millionen Menschen bedeutet dieser Weg ihre Lebensstrategie.

Oesterreich kann selbständig nicht existieren. Es muß sich irgendwo anschließen. Sein nördlicher und sein südlicher Nachbar würden es aber gar nicht aufnehmen, selbst wenn es aufgenommen werden wollte. Denn weder die Tschechoslowakei, noch Jugoslawien können, ohne ihren slavischen Charakter zu verlieren, Millionen Deutsche aufnehmen. Die Wiederaufrichtung der Donaumonarchie in Form einer Donauföderation ist auch nicht möglich. Man müßte dann fragen, wozu denn die Entente überhaupt pflegt hat, wenn nicht zum Zweck der Zerstückelung Oesterreichs und der „Befreiung“ seiner Völkerschaften. Es bleibt also nur der Anschluß, der durch das ethnographische Gesetz selbst gegeben ist, der Anschluß an Deutschland.

Der Anschluß an Deutschland würde Oesterreich auch nicht von heute auf morgen in ein Paradies verwandeln. Das ist ja köstlich für Deutschland auch nicht. Aber es wäre für die Dauer doch die Rettung. Der Anschluß wäre für Deutschland und für ganz Europa ein Nutzen. Denn es ist immer ein Nutzen, wenn eine Volk- und Paganen, eine Barriere der Verkehrsflächen, fällt. Deutschland würde 6 Millionen neuer Bürger gewinnen, die jetzt von mit dem Herzen bei ihm sind, Wasserkräfte, Erze, Handelsverbindungen zur neuen Ostsee. Die Wirtschaft würde sich

Jugoslawien. Das sind nicht geringe Vorteile, und man kann immer auf sie hinweisen, wenn uns die Frage gestellt wird, was wir denn durch die Aufnahme unserer armen Verwandten an der Donau gewinnen wollen als einen Esel mehr.

Der Anschluß wird kommen, weil er kommen muß. Die Frage ist nur, wann und in welcher Form er kommen wird. In Oesterreich herrschen verzweifelte Stimmungen. Die Krone sinkt ins Bodenlose. Ententekredite, die bewilligt sind und auf die man hofft, sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Die Regierung des Prälaten Seipel, die reaktionärste Regierung, die Oesterreich seit der Revolution gehabt hat, bekämpft die Anschlussbewegung, um sich die Gunst der Entente zu erhalten, aber es scheint, daß diese Bewegung gerade durch den Widerstand nur an Stärke und stürmischer Kraft gewinnt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Wiens veröffentlicht einen Aufruf, in dem er zu Demonstrationen am Freitag auffordert und sagt: „Die Gefahr des Ausbruchs von Verzweiflungsstimmungen in der Arbeiterchaft nahet. Die Arbeiterchaft ist bereit, im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland aufzunehmen.“

Das sind deutliche Krisenzeichen, nicht nur für Oesterreich, möglicherweise auch für Deutschland und für Europa. Die geltenden Friedensverträge verbieten bis auf weiteres den Anschluß, und an der Aufrechterhaltung dieses Verbots glaubt sich Frankreich besonders interessiert. Frankreich ist immer noch vom Kriege her von militaristischen Zwangsvorstellungen beherrscht, und es hat Angst davor, daß Deutschland mehr Arme als bisher zur Verfügung stehen könnten, um die Flotten wieder aufzunehmen. In Italien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei sind die Meinungen geteilt. Viele verständige Leute in Rom und in Belgrad sehen in einer gemeinsamen Grenze mit dem großen deutschen Wirtschaftsgebiet einen Vorteil, andere wieder fürchten davon eine irredentistische Beeinflussung ihrer deutschen Grenzbevölkerung. In Prag wird vielfach eingesehen, daß der Anschluß unaufhaltbar ist, für die Tschechoslowakei aber bedeutet er, daß sie in Zukunft, abgesehen vom Osten, auf allen Seiten vom Deutschen Reich umgeben und gleichsam in dieses eingebettet wäre. Künftige Politiker sehen darin eine Bedrohung der staatlichen Selbständigkeit.

Würde der Anschluß unter Hinwegsetzung über die bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen vollzogen, so gäbe das einen Sturm in Europa, an dem gemessen jener, der sich nach Kapallo

Eine neue Entente gegen Deutschland stände in diesem Augenblick auf den Beinen, und es würden außenpolitische Konstellationen drohen, die für Deutschland und für Oesterreich erhebliche Gefahren bedeuten würden.

Daraus ergibt sich, daß es weder im Interesse Oesterreichs, noch in jenem Deutschlands liegt, den notwendigen Anschluß in Form eines Verzweiflungsstreiches und einer Weltüberraschung durchzuführen. Es bedarf sorgfältiger politischer und diplomatischer Vorbereitung, um wirklich zum erstrebten Ziel zu gelangen. Die Leidenszeit Oesterreichs kann dadurch verlängert werden. Die Macher der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain tragen die Verantwortung dafür, aber das Werk wird dann feststehen.

Die Opfer von Königsberg.

Drei Hindenburg-Demonstranten getroffen.

Königsberg, 14. Juni.

Wie jetzt festgestellt worden ist, sind dem Zusammenstoß zwischen Reichswehrtrouppen und kommunistischen Demonstranten am Hindenburg-Tage auch mehrere Personen zum Opfer gefallen, die an den Demonstrationen für Hindenburg beteiligt waren. Der Getötete und zwei der Schwerverletzten gehörten zu ihnen. Sie sind in dem allgemeinen Gedränge durch die rücksichtslos abgefeuerten Reichswehrgeschosse getroffen worden.

Naturheilkundige und Geschlechtskrankheiten.

Berlin, 14. Juni.

Die Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten stockt seit Wochen an der Frage, ob die Behandlung Geschlechtskranker nur noch in Deutschland approbierten Ärzten oder auch Heilkundigen, sogenannten Laienbehandlern, gestattet werden soll. Der Ausschuß hat schon mehrere bekannte medizinische Sachverständige gehört und nahm nun am Mittwoch die Gutachten von zwei Anhängern der Naturheilmethode entgegen. Ein dritter Vertreter der Naturheilmethode, der bekannte Kneipparzt Dr. Kleinschrodt aus Wörischhofen, konnte infolge eines Unfalles nicht erscheinen. Stundenlang wogte der Kampf zwischen den Vertretern beider Anhaltungen. Eine Klärung der Meinung wurde nicht erzielt. Im Ausschuß selbst sind die Ansichten geteilt, und zwar in allen Fraktionen. Ein Teil der Mitglieder will die nicht-approbierten Heilkundigen entsprechend dem Gesetzentwurf ganz von der Behandlung der Geschlechtskrankheiten ausschließen; ein anderer Teil will ihnen die Kurierfreiheit lassen; wieder andere Ausschußmitglieder wollen die Heilkundigen unter Aufsicht eines approbierten Arztes arbeiten lassen, und endlich wird noch die Anregung erörtert, solchen Heilkundigen, die eine bestimmte staatliche Prüfung bestanden haben, die Erlaubnis zur Behandlung Geschlechtskranker zu geben. Die Reichsregierung erwägt die Zurückziehung des Gesetzentwurfes, wenn sie mit dem Ausschluß der Heilkundigen von der Behandlung Geschlechtskranker nicht durchdringt.

Volkswirtschaft.

Wiehmärkte.

Hamburg, 15. Juni.

Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachto Viehmarkt, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht Ochsen und Kühen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 3000—3200 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2600—2900 Mk., fleischige (3. Qualität) 2200—2500 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1800—2100 Mk. Bullen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2800—3000 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2500—2700 Mk., fleischige (3. Qualität) 2200—2400 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1700—2100 Mk. Lämmer: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2800—3000 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2300—2700 Mk., gering genährte (3. Qualität) 1700—2200 Mk., geringste Sorte (Burdhähne) 800—1200 Mk. Schafe: Weidemast (1. Qualität) 2800 bis 3000 Mk., vollst. Schafvieh (2. Qualität) 2500—2700 Mk., gering genährtes Schafvieh (3. Qualität) 1500—1800 Mk. — Markt-zufuhr: 1969 Rinder (hierunter 169 Ochsen, 218 Kühen, 824 Bullen, 1278 Lämmer und 862 dänische Rinder), 904 Schafe. Am 14. Juni wurden 852 Rinder verkauft. Das Geschäft mit Rindern verlief bei reichlichem Angebot ruhig. Mit Schafen war der Handel lebhaft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	15. Juni.	14. Juni.
Amsterdam	100 fl.	12084.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2571.75
Kristiania	100 Kr.	5923.80
Kopenhagen	100 Kr.	6781.50
Stockholm	100 Kr.	8019.95
Helsingfors	100 finn.-Mk.	667.65
Rom	100 Lire	1570.50
London	1 £	1890.75
New York	1 Doll.	310.86
Paris	100 Frs.	2751.55
Zürich	100 Frs.	2927.55
Madrid	100 Pesetas	4998.50
Wien	100 K.	1.70 1/2
Prag	100 K.	597.25
Budapest	100 K.	80.71

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 15. Juni.			
D.	Fehmarn	Schwenn	Burgstaalen 4
D.	Reilberg	Meilbrand	Malmö 18
E.	Alt	Samuelson	Randers 4
E.	Alina	Becker	Fargö 8
D.	Widing	Schriensen	Sjendborg 1
D.	Frieda	Hofmeister	Helsingfors 1
Angelommen am 16. Juni.			
D.	Georg	Stromberg	Hudvigsdal 5 1/2
D.	Rajaden	Hernstjorn	Malmö 1
E.	Energie	Johanson,	—
D.	Ramsö	Winter	Kopenhagen 2
D.	Erpö	Davidson	Sjorsens 1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg; Redakteur: Schulz; Druck: Steinberg.

Karstadt

Großer Schuhwaren-Verkauf

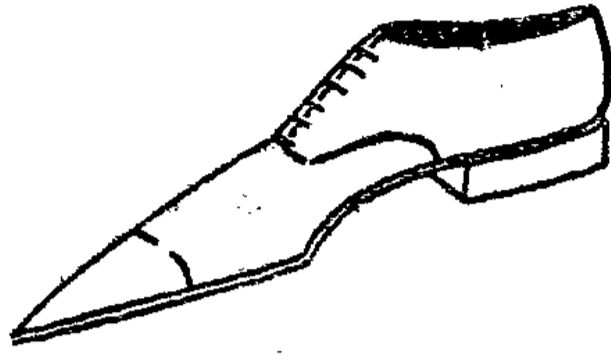
Ein Posten Damen-Stiefel
Fohlencheveau und Derbyschnitt, gute
Verarbeitung 195.4

Ein Posten Damen-Stiefel
Chevr. und Boxkalf, zum Teil mit Lackblatt, extra
hohe Schäfte, 24 cm. echt randgenäht, 295.4
aparte Formen.....

Ein Posten Damen-Schnür-
und Spangenschuhe, Chromcheveau,
aparte Machart 195.4

Ein Posten D.-Schnürschuhe
braun und schwarz Chevr., Boxkalf usw., zum Teil
echt randgenäht, la. Ausführung, be- 345.4
sonders vorteilhaft.....

Ein Posten Damen-Pumps
schwarz, rosa und blau Satin, mit guter
Ledersohle, hoher Absatz 36.4



Mengenabgabe vorbehalten.
Beachten Sie das Schaufenster
im Schragen.
Umtausch ausgeschlossen.

Ein Posten Herren-Stiefel
Rindbox, Derbyschnitt, moderne Form,
vorzügliche Lederqualität 395.4

Ein Posten Herren-Stiefel
Boxkalf und R'Cheveau, mit u. ohne Lackkappe,
echt randgenäht, div. moderne Formen, 545.4
la. Qualität.....

Ein Posten Kinder-Stiefel
R'box, Kernledersohle, Leder-Brandsohlen und
-Kappen, sehr stabil
31/35 185.4 27/30 175.4 25/26 125.4

Ein Posten Kinder-Stiefel
Chromcheveau, gewend. Ledersohlen, gutes Material
23/26 69.4 20,22 63.4 18/20 55.4

Ein Posten Kinder-Stiefel
Rossbox, kräftige Qualität
Größe 27/30 82.4

Wer Beteiligung
sucht, wende sich an das Bankgeschäft
Finanzierung und Kommission G. m. b. H.,
Berlin SW. 68. (8304)

Billige Margarine
zu 35, 36, 38, 40 und 45 M. der Wfd.,
bei 5 & 2.50 M., bei 10 & 10 M. Rabatt.
Lübecker Margarine-Zentrale
5809) Holtenauerstr. 6, part., Lübeck.

Stadthallen - Garten.
Morgen Sonnabend nachmittag:
Gr. Garten-Konzert
mit nachfolgender Reunion
Vollbesetztes Orchester unter Leitung des
Kapellmeisters **Robert Sulanke**
unter Mitwirkung namhafter
Künstler vom Stadttheater.
Anfang 4 1/2 Uhr. (8316)
Cort Hanschen.

UT
Licht-spiele
Fünfhausen.
Vom 16.-22. Juni.
Der Schreden des weißen Hais.
Gr. amerik. Sensationsfilm
in 5 Akten.
Zügelloses Blut.
Spannendes Drama in 5 Akten mit
Pola Negri in der Hauptrolle.
Chaplin läuft hoch.
Zweifilm in 2 Akten.
Gauzuckende Entführung.
(8326) Stets angenehm lässl.

Zentralhallen.
Morgen Sonnabend: (8321)
Großes Tanzkränzchen.

Circus Gebr. Belli
auf dem Burgfelde (8302)
gibt morgen Sonnabend große
Sport-Vorstellung
mit gänzlich neuem Programm.
Am Sonntag finden die beiden letzten
Abschieds-Vorstellungen
statt, namlich 4 Uhr:
Kinder- und Familien-Vorstellung.
Abends 8 Uhr:
Bank- und Abschieds-Vorstellung.
In beiden Abenden: Der Kampf ums Pferd.
Ein Sport-Beitritt, an dem auch einige
Lübecker Sport-Herren teilnehmen.
Hierzu lad. freundl. ein Die Direktion.
Heute freit. findet weg. Vorber. f. Dorf. ft.

Kolosseum
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Schauspiel 8 1/2 Uhr.
Heinrich Ohse.
(8324)
Ball

2. Reichs-Arbeiter-Sport-Tag
am 17., 18. und 25. Juni 1922.
Sonnabend, den 17. Juni, abends 6 1/2 Uhr:
Eröffnungsfeier
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Eintritt 8.— Mk.
Sonntag, den 18. Juni, ab 8 Uhr morgens:
Volkstümliche Wettkämpfe
auf Buniamshof.
1 1/2 Uhr:
Festzug vom Burgfelde nach Buniamshof.
Dortselbst Ansprache: **Dr. Leber.**
Anschließend sportliche Veranstaltungen aller Art, darunter
Berens-Wettkampf in Ringen u. Boxen. Ein Simultan-Schach-
spiel des Lübecker Arbeiter-Schachvereins u. einem Kieler Gast.
Eintritt für den ganzen Tag 3.— Mk., Kinder 1.— Mk.
Programm in Festschrift-Form 2.— Mk.
Ab 6 Uhr abends:
Ball im Gewerkschaftshaus, Friedrichshof
und im Gesellschaftshaus Marli.
Am Sonntag, dem 25. Juni:
Dr. Schwanhimmeln in der Falkendamm-Badeanstalt
Gelegentlich auf der Wakenik.
Start und Ziel Falkendamm-Badeanstalt.
Eintritt 3.— Mk., Kinder 1.— Mk.
Das Komitee.

Karl Lahrz, Böttcher-
straße 16.
dickstes Ochsenfleisch 32.-
Beefsteak, Röllfleisch 45.-
Pa. Ochsenleber ... 40.-
geräucherter Speck 56.-
Fr. Gebacktes 38 M. 40.-

Halb. Holenträger
Herrenwäsche
Krawatten 3299
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Meyersdlich) 3. Fabrikpr.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Dr. Lamm's
Smilnifer
Bestes, leicht, angenehm
zu verdauen Mittel gegen
Nervenschlag, Nerven-
schmerzen, Picket, Pocke,
Kopfschmerzen, Erregt
den
stärksten Erfolg als
Blutreinigungsmittel
Regelndes Mittel bei
Schwäche, Appetitlosigkeit,
Nervosität u. Verdauungs-
störungen.
Sie haben in jeder Apotheke
Verkauf.

D. T. V.
Vorstandssitzung
Sonnabend, 17. Juni,
abends 7 Uhr (8319)
im Bureau.

Trocadero.
Schlüsselböden 4.
Künstler-
Konzerte.
Beginn 8 1/2 Uhr.
(8298)

Hansatheater.
8 Uhr. 8 Uhr.
Unwiderruflich die letzten
4 Gastspiele
Gebrüder Wolff
Adolf Trimborn 8807
Emil v. Dollen
Beatrice Friedel
in der Schlager-Revue
„In Lübeck ist der Teufel los“
Die Sünde Hansi Rösle.

Wir sind billig!
Das reelle Einmischhaus
für Arbeiter und jeden Beruf.
Eleg., preiswerte, reelle
Schuhwaren.
Herrenstiefel mit u. ohne Lackkappe
von 450 M. an.
Herrenstiefel, braun, ... 645.4
Damenstiefel mit und ohne Lack-
kappe von 405 M. an.
Damenstiefel, braun ... 580.4
Damenstiefel, Schürle u. Spangeln
von 345 M. an.
Sehr starke Kinder-Stiefel in allen
Größen 18-20, 21-22, 23-24,
25-30, 31-35, 36-39.
Weiße Leinwand- und Stiefel,
Sandalen, Turnschuhe,
Pantoffeln, Gamschuhe,
Ledergamaschen ... 215.4
bekannt: reelle u. starke Qualitäten.

Recke u. Köpcke Damen-Schneiderei
Damen-Kostüme 375.—, 675.—
und besser.
Damen-Mäntel 450.—, 650.—
und besser.
Alpaka, Seiden, Wollmäntel,
Strickmäntel, Jumper, Röcke
69.50, 125.—, 150.—.

Recke u. Köpcke Herren-Schneiderei
1 Posten Herren-Sommermäntel
1550.—, 1675.—, 1980.—
Starke Arbeitskleider ... 245.—
Starke selbstgegr. Hosen 125.—
Mancheherkleider ... 395.—
Herrenpaletots ... 425.—
Schöne Sommerhosen, Geh-
rockenanzüge, eleg. Herrenanzüge,
Unterzeug. (8315)

Eblers & Reetzwich
Holtenauerstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Referenden-
führer.
Von Eduard David.
Mk. 10.—
Buchhandlung
J. Meyer & Co.

Zahle hohe Preise
für
Gold-, Silber-, Double-,
Platin-, Brillanten-
Gegenstände und Bruch.
Carl Michaelsen,
Goldschmied, (8175)
Mühlenstraße 3 (Küingenberg).

Freistaat Lübeck.

Freitag, 16. Juni.

Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittel-Schulen.

Angeichts der Finanzlage des Staates und des Vorganges zahlreicher deutscher Regierungen und Kommunalverwaltungen hat die Ober-Schulbehörde sich eingehend mit der Frage einer abermaligen Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittel-Schulen, dem Lehrerseminar und der Baugewerkschule beschäftigt. Die Vorschläge ergeben sich aus den nachstehenden Anträgen.

Abgesehen von den erhöhten Schulgeldsätzen sind die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen zugrunde gelegt. Es soll das Schulgeld für das erste eine höhere Schule besuchende Kind auf 1000 Mk. festgesetzt werden. Nach dem der Ober-Schulbehörde vorliegenden, von ihr neuerdings gesammelten Material ist sie nicht in der Lage, einen höheren Satz als 1000 Mk. zu befürworten, denn von 43 Ländern und Städten gehen nur 2 Städte (mit 1200 Mk.) über diesen Satz hinaus. Ferner kommt für die Ober-Schulbehörde hinzu, daß sie auf Grund der gemachten Erfahrungen erklären muß, daß mit dem Satze von 1000 Mk. die Grenze der Leistungsfähigkeit der Eltern erreicht wird. Eine Ueberschreitung dieses Satzes würde eine starke Abwanderung der Schüler aus den höheren und Mittel-Schulen zur Folge haben und damit einen Rückgang dieser Schulen bedeuten. Dabur würden nicht nur die Staatsfinanzen, sondern auch wichtige Kulturinteressen schwer geschädigt werden.

Für die Baugewerkschule ist ein Schulgeld von halbjährlich 600 Mk. vorsehen, wobei ein Unterschied zwischen hiesigen und auswärtigen Schülern nicht mehr gemacht werden soll. In Zukunft beträgt das Schulgeld gegenwärtig halbjährlich 300 Mk. Solange dort nicht weitere Erhöhungen eintreten, kann hier kein höherer Satz gefordert werden.

Hinsichtlich des Schulgeldes für Ausländer ist es der Ober-Schulbehörde nicht möglich, feste Sätze vorzuschlagen. Sie empfiehlt vielmehr, ihr von Fall zu Fall die Entscheidung zu überlassen. Im allgemeinen wird der dreifache Satz des hiesigen Höchstsuldgeldes zu erheben sein, dagegen aber bei Angehörigen deutscher Abstammung früherer deutscher und österrösischer Länder Ermäßigung eintreten können.

Die Festsetzung des Schulgeldes für die Handwerkerschule und die landwirtschaftliche Winterschule, die beide mit der Gewerbeschule verbunden sind, empfiehlt sich, der Ober-Schulbehörde zu überlassen. Es handelt sich um kleinere Anstalten mit Halbjahrskursen, bei denen die Schülerzahl stark wechselt, so daß das Schulgeld den Verhältnissen entsprechend festgesetzt werden muß.

Bezüglich der Schulgelddarleihen ist die Ober-Schulbehörde im vorigen Jahre ermächtigt worden, bis auf weiteres versuchsweise bis zu 7,5 v. H. der Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen der einzelnen Anstalten ganz oder teilweise Schulgelddarleihen zu gewähren. Die Erfahrungen und Berechnungen haben ergeben, daß die geforderten 5 % unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ausreichen; viele Städte gewähren Erlaß bis zu 10 und mehr Prozent. Die Ober-Schulbehörde glaubt aber, daß den hiesigen Bedürfnissen mit der vorgeschlagenen Summe von 7,5 v. H. genügt werden kann. Nach oberflächlicher Berechnung würde der Mehrbetrag der Erhöhungen bei dem jetzigen Schülerbestand rund 1.150.000 Mk. betragen.

Die Finanzbehörde hat sich mit den vorgeschlagenen Erhöhungen der Schulgelddarleihen einverstanden erklärt. Der Senat tritt den Ausführungen der Ober-Schulbehörde bei und stellt hierauf zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft: 1. daß das Schulgeld an den höheren und den Mittel-Schulen, dem Lehrerseminar und der Baugewerkschule mit Wirkung vom 1. April 1922 ab, wie folgt, festgesetzt werde:

- a) Katharineum, Johanneum, Oberrealschule zum Dom, Ernestineenschule (Luxemburg am Falkenplatz): erstes Kind 1000 Mk., zweites Kind 800 Mk., drittes Kind 400 Mk. für das Schuljahr, viertes Kind und folgende Kinder frei. Innerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes wohnende Schulgeldpflichtige, die nachweislich nicht mehr als 20.000 Mk. verdienen, zahlen von diesen Sätzen nur 75 v. H. Für die Vierteljahre, in denen das steuerpflichtige Einkommen noch nicht durch den Steuerbescheid nachgewiesen wer-

den kann, ist zunächst der volle Schulgeldsatz zu zahlen. Die Berechnung etwa zuviel erhobener Beträge erfolgt bei der späteren Schulgeldzahlung.

- b) Mittelschulen: erstes Kind 500 Mk., zweites Kind 400 Mk., drittes Kind 200 Mk. für das Schuljahr, viertes Kind und folgende Kinder frei. Innerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes wohnende Schulgeldpflichtige, die nachweislich nicht mehr als 15.000 Mk. verdienen, zahlen von diesen Sätzen nur 50 v. H. Bezüglich der Schulgeldzahlung gelten die beiden letzten Sätze des Abzuges a.

- c) Die in Absatz a und b bei mehreren Kindern vorgesehenen Ermäßigungen gelten auch dann, wenn die Kinder einer Familie teils höhere, teils Mittelschulen besuchen. Der zweite Absatz des Art. 17 des Unterrichtsgesetzes vom 17. Oktober 1885 in der Fassung des Nachtrages vom 24. März 1909 tritt außer Kraft.

- d) Lehrerseminar: 400 Mk. für das Schuljahr.

- e) Für Schüler und Schülerinnen, deren Eltern nicht im Lübeckischen Staatsgebiet wohnen, wird ein Zuschlag von 40 v. H. erhoben, wenn sie in Lübeck in Pension sind, ein solcher von 60 v. H., wenn sie nicht in Lübeck in Pension sind.

- f) Baugewerkschule: für hiesige und auswärtige Schüler 600 Mk. halbjährlich (für das Schuljahr 1200 Mk.).

Die Versammlung der Bürgererschaft am Montag, dem 19. Juni, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. In der Versammlung am 29. Mai 1922 unerledigt gebliebene Anträge des Senates: 1. Steuerverhältnisse der Lübeckischen Landgemeinden. 2. Gesetz, betreffend die Ausführung des Landesfeuerwesens. 3. Erhebung eines Beitrages zu den Kosten des Feuerlöschwesens. 4. Verstaatlichung der Frauengewerbeschule. III. Neue Anträge des Senates: 5. Erhöhung der Kostensätze der Heilanstalten. 6. Gewährung eines Ruhegehalts an den Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Gaggow. 7. Erweiterung der Elektrizitäts-Verteilungstelle in Schlutup. 8. Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittelschulen. 9. Gehaltentarif des Katasteramts. 10. Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922. 11. Bebauungsplan für das Gelände am Großen Goldberg. 12. Nachbewilligung für Wegearbeiten in Rüdnitz, Herrenhof, Waldhofen. 13. Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau der Hafenerbindungsbahn. 14. Abtretung einer Landfläche auf dem Heiligen Geistkamp an das Heilige-Geist-Hospital. 15. Ankauf der auf dem ehemaligen Militärfeldplatz in Blankensee vorhandenen Gebäude und Anlagen. 16. Nachbewilligung für den Einbau einer neuen Fernsprechanlage im Polizeidienstgebäude. 17. Instandsetzung der Fassade des Hauses Königstraße Nr. 81. 18. Übertragung der Geschäfte des Einquartierungswesens an das Polizeiamt. 19. Erlaß eines neuen Gesetzes über die Hengstföhrung. 20. Nachbewilligung für das Museum für Kunst- und Kulturgeschichte. IV. Anträge von Mitgliedern der Bürgererschaft: 1. von Beck und Genossen: Die Bürgererschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, nach welchem die Bestimmungen vom 21. März 1889 sowie vom 18. Juni 1860, betreffend die Verpflichtung zur Annahme eines Amtes als Deputierter bei den Behörden, dahingehend abgeändert werden, daß den bürgerlichen Deputierten bei den Behörden der ihnen entgangene Arbeitsdienst erstattet und der Austritt aus diesen Ämtern erleichtert wird. — 2. von Ross: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Ober-Schulbehörde zu veranlassen, eine Verfügung zu erlassen, nach der den Schülern der staatlichen und der vom Staate unterstützten höheren Lehranstalten verboten wird, der technischen Nothilfe anzugehören. Zuwiderhandlungen sind mit Verweisung von der Anstalt zu bestrafen. — 3. von Klann: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Betriebsbehörde der Straßenbahn anzuweisen, daß Erwerbslose, die ihren Wohnsitz im äußeren Wegebiet Lübecks haben, während ihrer Erwerbslosigkeit auf Schülerfahrkarten fahren können. Als Ausweis gilt die Stempeltaxe des Arbeitsamtes. — 4. von Frau Zimmermann: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, sofort beim Reichsernährungsministerium zu beantragen, daß die Bevölkerung Lübecks umgehend mit der nötigen Menge Zucker versorgt wird.

Die Gefahren des Badens. Zu dem von uns am Mittwoch mit dieser Ueberschrift gebrachten Artikel wird uns vom freien Wasserportverein Lübeck geschrieben: Ratschläge fürs Schwimmen: Ueberall herrscht in unseren Gewässern reges Badesieben. Wenige aber wissen, wieviele Gefahren unsere fließenden Ge-

wässer in sich bergen, und wie viele Feinde sich dem Schwimmer entgegenstellen. Darum sollen Schwimbern, Ruderern, Ausflüglern usw. die nachfolgenden Zeilen dienen: Jahr um Jahr finden Tausende Schwimmer und Nichtschwimmer den Tod in den Fluten. Zum größten Teil durch Unvorsichtigkeit und Uebermut. Schwimmer schwimmen oft weit hinaus und merken plötzlich, daß sie durch die Strömung weit fortgetrieben sind. Sie versuchen nun durch Aufbietung aller Kräfte den Ort wieder zu erreichen, von dem aus sie ins Wasser gegangen sind. Die Kräfte werden halb verbraucht sein und ehe Hilfe vom Ufer gebracht wird, ist der Schwimmer verfunken. Man entferne sich daher nie zu weit vom Ufer, und falls dieses doch einmal geschehen ist, so vergeude man seine Kraft nicht durch ein „Gegen-den-Stromschwimmen“, sondern man schwimme mit dem Strom in einem stumpfen Winkel nach dem Ufer, selbst wenn man sich dadurch weit vom Ankleideplatz entfernt. Durch Beachten dieser einfachen Regel werden viele Unglücksfälle vermieden. Ein öfterer Feind des Schwimmers ist der Krampf, der meistens nur in ungeschicklichen Formen auftritt. Jeber, der schon einmal längere Zeit geschwommen hat, wird bemerkt haben, daß die Finger plötzlich auseinanderpreizen; es ist ein Krampf im Handrücken. In diesem Falle ballt man beim Vorstoßen der Arme die Hände zur Faust, bis der Krampf nachgelassen hat. Recht schmerzhaft ist der Wadenkrampf, der durch Uebermüdung oder durch starke Streckung der Fußgelenke entsteht. Beim Auftreten dieses Krampfes, sowie auch beim Oberschenkelkrampf ist es ratsam, unter Schonung des vom Krampf befallenen Beines ans Ufer zu schwimmen. Der plötzliche Eintritt eines Fremdkörpers in die Luftröhre kann den äußerst gefährlichen Kehlkopfkrampf hervorrufen, der sich durch krampfartige Schließung der Stimmritzen äußert, wodurch Aufstauung und Erstickung droht. Hier hilft nur schnelles und kräftiges Husten, wodurch dann der Fremdkörper entfernt wird. Auch durch eingedrungenes Wasser kann der Krampf entstehen. Deshalb ist besonders bei stürmischem Wetter Vorsicht beim Atmen geboten. Die große Gefahr beim Kehlkopfkrampf besteht darin, daß der davon Befallene trotz größter Anstrengung nicht um Hilfe rufen kann und lauclos verirrt, ohne bemerkt zu werden. Ungewöhnliche Bewegungen eines Mitschwimmers sollten daher von jedem beachtet werden. Oftmals ist auch der gefürchtete Magen die Ursache des Krampfes, da durch sogenanntes Aufstoßen leicht etwas vom Mageninhalte in die Luftröhre kommen kann. Daher die alte Regel: „Nicht mit vollem Magen baden“ beachten. Kinder und auch teilweise Erwachsene benutzen oft Gewässer zum Baden, ohne dieselben zu kennen. Wir Wasserportler sind Gegner dieses wilden Badens, und machen es besonders den Eltern zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Kinder nicht Gewässer zum Baden benutzen, die vorher nicht auf ihre Gefahren hin geprüft worden sind. Vor allen Dingen aber soll man diese Ratschläge, wie sie vorstehend gegeben sind, beachten, denn sie sind auf Grund jahrelanger Erfahrung und Beobachtungen der Schwimmwarte und Rettungsmannschaften der Arbeiter-Wasserport-Vereine zusammengestellt und durchaus geprüft. B.

Ortsauswahlsung. In der Sitzung des Ortsauswahls am Dienstag genehmigte derselbe zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal und beschloß, ab 1. Juli eine wesentliche Beitragserhöhung. Sodann wurde beschlossen, auch in diesem Jahre, am ersten Sonntag im August, das Gemeindefest in Israelsdorf abzuhalten. Eine längere Aussprache verurteilte die Eingabe des Vorstandes des U. D. G. B. an das hiesige Landesversorgungsamt, zwecks Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln im kommenden Wirtschaftsjahr. Der Ortsauswahls erklärte sich mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden und ersuchte ihn, alles daran zu setzen, in diesem Jahre dafür zu sorgen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln in ordentlicher Weise geschieht. Mit aller Deutlichkeit wurde von den zahlreichen Rednern zu dieser Frage hervorgehoben, daß in diesem Jahre nicht wieder die Betriebsräte und sonstige Beauftragte industrieller Werke durch die wilden Aufkäufe dem Preismacher Vorschub leisten dürfen. Sodann wurde grundsätzlich beschlossen, in diesem Herbst für Funktionäre der Gewerkschaften einen Lehrtkursus unter Leitung des Professor Abramowitz über wichtige Wissensgebiete abzuhalten. Ein Antrag des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer, eine generelle Regelung der Geschäftsstunden in den Bureaus der Gewerkschaften herbeizuführen, wurde den Gewerkschaften zur Berücksichtigung überwiesen. Zum Schluß der Versammlung entspann sich eine Debatte über die Produktive Erwerbslosenfürsorge, die aber vertagt wurde, um genaue Informationen einzuziehen. A. D.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Zugeborg trank Kaffee mit dickhäutigen Rahm und es eigen-gedachte Pfeffermüsse dazu, und dann, als ihr das Klagen der Tante zu langweilig wurde, ging sie wieder, ohne weder Rolf noch Antje getroffen zu haben.

Von der Küche aus murmelte ihr Trina einen Abschiedsgegn nach: „Geh' man ab, du rothhaariger Satan, du sollst unserer kleinen Antje nichts zuleide tun; der ist das Herz schon so groß genug.“

Eines Tages im September war Rolf nach Dithmarschen auf den Kuhhandel aus. Im Kreisblatt waren mehrere prächtige Kühe in Dithmarschen ausgeschrieben gewesen, und Frau Andersen wünschte noch eine gute Winterkuh zu haben. Es war in der Nähe von Kleme, eine halbe Tagesreise von Bredmort entfernt; aber es traf sich gut, daß sie Verwandte in der Nähe hatten, bei denen Rolf übernachtete konnte.

Ganz ohne Argwohn ging Rolf vom Hause fort. Die Sache war etwas schnell gekommen; er hatte gar nicht ordentlich Abschied nehmen können von Antje. Er sah sich deshalb noch einmal um, als er über die Werfte schritt; da stand sie oben in der Bodenluke und winkte ihm zu.

Mit festem Blick und Kopfnicken dankte er ihr. Dann zwang ihn eine innere Unruhe, sich noch einmal umzudrehen. Sie war aus der Luke fort, vielleicht abgerufen worden; er aber wurde das Gefühl nicht los, das sie ihm plötzlich fortgenommen worden war. Den ganzen Tag über blieb diese Unruhe in seinem Herzen, obgleich er sich immer wieder sagte, es könne doch nichts passieren an dem einen Tage.

Nicht lange nachdem Rolf fortgegangen war, rief Frau Andersen Antje zu sich herein. „Geht mal die Kühe an, und sie hatte sich alles klar zurechtgelegt: Anklage und Verurteilung; die Verteidigung fehlte.“

Frau Andersen saß auf dem Sofa in der gewohnten, etwas vorüber gebeugten, leidenden Stellung. Sie ließ das Mädchen vor sich stehen, obgleich es nahe dem Umarmen war. „Harte, böse Worte bekam Antje zu hören, Worte, die nicht vom Herzen kamen und doch tief ins Herz hineindrangen. Es waren Worte, die sie nie vergessen würde.“

Sie war, als Frau Martjen schlief, ganz betäubt und vollkommen überzeugt, daß es kein schlechteres und leichtfertigeres Mädchen gäbe als sie.

„Sieh so,“ schlief die Frau, nun geh' und packe Deinen Kram, und am Nachmittage kommst Du gehen zur rechten Zeit, damit Du bei Tage zu Hause ankommst.“

Antje wandte zur Tür, dan kehrte sie noch einmal um.

„Ich möchte uns' Frau bloß um eins bitten.“

Frau Martjen sah unwillig auf. „Was wollst sie noch?“

„Uns' Frau möchte doch Herrn Joven seine kleinen Stachelblumen begießen und den Vogel versorgen — Trina hat keinen Sinn für so was.“

„Was geht Dich, meinem Sohn seine Bagage an?“

„Herr Joven hat mir's ans Herz gelegt, und er hat geschrieben, ich sollte —“

„So, so, er hat an Dich geschrieben. Das ist ja merkwürdig! Dann hast Du wohl auch mit ihm zu tun gehabt, hattest wohl nicht genug an einem?“

Antje weinte. „Ich kann nichts dafür.“

„Zeige die Briefe!“ befahl die Alte herrisch.

Antje weinte heftiger; aber sie rührte sich nicht von der Stelle.

„Gib die Briefe her!“ wiederholte die Frau; „Du hast kein Recht, von meinem Sohn Briefe anzunehmen.“

Antje fuhr fort zu weinen; es fließ sie ordentlich.

„Wenn Du nicht augenblicklich die Briefe holst,“ drohte die Herrin jetzt, indem sie aufstand und dicht vor das Mädchen hintrat. „So denke ich das Allerleichteste von Dir und sage es auch Rolf.“

Antje erschrak so sehr, daß ihr die Tränen in den Augen stehen blieben. Mit gefestem Kopfe ging sie hinaus und brachte die beiden Briefe.

Frau Martjen las die Briefe nicht ohne Befriedigung. War sie einestheils darüber entsetzt, daß auch Joven ernste Absichten auf das Mädchen hatte, so dünkte es sie doch ein gutes Mittel, um Rolf von seiner Liebe zu heilen.

Sie ließ die Briefe in ihre weite Kocktasche gleiten. „Nun geh!“

Antje blieb wie angewurzelt stehen und wand in peinlichster Verlegenheit die Hände.

„Es sind doch meine Briefe.“

„Sie sind von meinem Sohn,“ entgegnete die Frau; „ich habe wohl ein größeres Recht daran, als Du. Nun geh aber, ich habe Schmerzen; mir ist die Sache auf den Magen gefallen.“

Mit einer unwilligen Bewegung wies sie nach der Tür, und Antje ging.

Unter heißen Tränen packte Antje ihre kleine Lade. Sie legte alles fein gesättelt und gefaltet hinein, und dabei fließen die Tränen mit hinein. Ihre Tränen und ihren Jammer sollte sie mitnehmen.

Der Mittag kam; es war für Antje das letzte Essen, das sie am Leutelsch auf Nethwischhof aß. Es war ein schweigames Mahl, und keiner hatte rechten Appetit. Alle wußten, daß heute eines von ihnen ging, das ihnen ans Herz gewachsen war.

Antje half in der Küche erst noch reinmachen; dann zog sie sich an. Sie wusch und kämte sich sorgfältig und bürtete Kleid und Tadel sauber. Dann jagte sie allen der Reihe nach Adieu.

Seie Rehm suchte sie im Herbestall auf. Er sah sie so traurig an, als sie ihm die Hand gab, daß sie wieder weinen mußte. Friedh dagegen setzte ein recht lustiges Gesicht auf, um sie auf andere Gedanken zu bringen. Sinterher mußte der Junge selber weinen.

Zuletzt klopfte Antje bei der Frau an; es war dies der gefährlichste Augenblick.

Die Herrin sah am Tische, hatte ihre Brille aufgesetzt und sah ernst und streng aus.

Nur ihr auf dem Tische lag das Dienstbuch des Mädchens, daneben ihr Lohn, außerdem sechs blaue Hundertmarkstücke. „Das Geld gehört Dir,“ sagte die Frau, „nun mußt Du noch diesen Zettel hier unterschreiben, daß Du nichts mehr von Rolf zu fordern hast. Brauchst bloß Deinen Namen in die Gese hinzusetzen. Hier hast Du 'ne Feder; es ist schon Tinte drin.“

Mit zitternder Hand kitzelte Antje ihren Namen. Was sie unterschrieben hatte, wußte sie nicht.

Frau Martjen nickte befriedigt und schob ihr die Hundertmarkstücke hin. „Hier sind die zweihundert Taler.“

Antje erblakte. „Das Geld habe ich doch nicht verdient.“

„Es ist für Dein Kind,“ sagte die Frau, „wir sind doch keine Armen! Gehe es man gut auf; Du wirst es gebrauchen können.“

„Ich bedank' mich auch schön. Adieu, uns' Frau.“

Noch einmal wandte sich Antje um. „Ach, uns' Frau, ich bitte von Himmel zur Erde, geben uns' Frau mir die Briefe wieder zurück.“

Das Antje der Frau wurde klar wie von Stein. „Nein,“ sagte sie mit einem Tone, der jede Hoffnung nahm.

„Adieu,“ murmelte das Mädchen, dann ging es.

Trina wartete draußen. Sie gab ihr das Geleit die Trift entlang. Sie brach ihr Trost zu, gab ihr allerlei gute Ratschläge und frohte auch, ob sie Rolf etwas bestellen sollte. Antje schüttelte den Kopf. Nein, Trina sollte ihn nicht armen. Sein letztes Grünnern an sie sollte nicht mit anderen Worten verwechselt sein. Am Heftor nahmen die Mädchen unter Tränen Abschied, und Trina eilte zurück, so schnell es ihre plumpe Figur und ihre Holzspantoffel gestatteten. (Fortsetzung folgt.)

Absperrung der Arbeiterschaft der Lübecker Dampfkraft A.G. in Siems. Von der Lübecker Dampfkraft A.G. in Siems werden heute morgen durch ein Inserat im „Lübecker Generalanzeiger“ Arbeitswillige gesucht. Da behauptet wird, daß ein milder Streik ausgebrochen sei, wollen wir kurz den wahren Sachverhalt schildern, der zur Schließung des Betriebes geführt hat. Vor 4 Wochen wurde von dem dortigen Betriebsrat das Inkrafttreten der Stroma gestoppt, es möchte eine Verständigung zwischen dem Betriebsrat und der Direktion stattgegeben werden. Die Direktion zeigte fortwährend und die Sitzung kam nicht zustande. Am Montag, dem 12. Juni, wurde die Sitzung nun endlich anberaumt, aber von der Direktion wieder inhibiert. Sie erklärt, daß eine Verhandlung mit dem Betriebsrat resp. mit dessen Stellvertreter stattfinden könne. Dieses wurde von dem Betriebsrat und auch von der Arbeiterschaft abgelehnt. Es wurde hierauf der Direktion ein Ultimatum gestellt, sich bis Donnerstag mittag zu erklären, ob die Verhandlung stattfinden werde. Die Direktion ließ, anstatt Antwort zu geben, den Betrieb. Dieses zunächst zur Aufklärung bereits des Inserates im Lübecker Generalanzeiger wegen des milden Streiks. Kein Arbeiter darf dort in Arbeit treten!

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes. Fahrgeldrückzahlung bei der Lübecker Straßenbahn. Am Montag unserer Blätter ist die Verkehrsbehörde, Frau Straßmann eine weitere Erhöhung der Straßenbahnpreise bekannt, die ab 17. Juni in Kraft tritt. Hierbei tritt bei allen bisherigen Fahrpreisen eine Erhöhung um je 10 Pf. für die Fahrt ein. Der ständige Verkehrsausschuß der Bürgerwehr hat sich am Montag mit dem Verkehrsamt und konnte sich in seiner überwiegenden Mehrheit der Erhöhung der Fahrpreise dieser Erhöhung nicht anschließen, der auch der Senat und die Finanzbehörde zustimmt haben. Die Geldvermehrung und die fortwährende Devaluierung haben seit der Zeit am 10. Mai d. J. katastrophalen letzten Erhöhung der Fahrpreise die Betriebsausgaben der Straßenbahn um weitere 8.000.000, jährlich erhöht, wofür zur Deckung nach den genauen Berechnungen der Verwaltung der vorliegende neue Preisstart notwendig ist. Die Schließungsbahnlinie auf 100 Pf. 150 erhöht und ihre Längezeit als besonders bemerkenswertes Gegenstandsmittel auch für Lehrlinge und bis zum vollendeten 18. Lebensjahre aufgedehnt worden.

Arbeitsvermittlung für Schwererkrankte. Der amtliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsschadige in Lübeck ist es auf Grund des Schwererkranktengesetzes vom 6. April 1920 gelungen, Schwererkrankte, soweit sie noch irgendwie arbeitsfähig sind, fast reines in geeigneten Arbeitsstellen unterzubringen. In gleicher Weise ist die amtliche Hauptfürsorgestelle auch für Schwererkrankte bemüht, die von den Versorgungsstellen als arbeitslos gemeldet werden. Die Zahl der gemeldeten arbeitslosen Schwererkrankten ist aber außerordentlich gering. Dies wird sich daraus erklären, daß die meisten Angehörigen von ihrem bisherigen Arbeitgeber wieder beschäftigt und verlegt werden. Sofern dies nicht möglich und im Gebiet des südschleswigschen Hauptamtes nach arbeitsfähige Schwererkrankte leben, die zurzeit ohne Arbeit sind, wird darauf hingewiesen, daß auch für diese Schwererkrankten der Einkommensersatz des Gesetzes vom 6. 4. 20 gilt und das es nicht ausgeschlossen erscheint, daß sie durch die amtliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsschadige eine geeignete Arbeitsstelle erhalten, wenn sie sich in deren Geschäftsbereich, Unterstadt 104, Zimmer 18, melden. Die amtliche Hauptfürsorgestelle kann aber nur für solche Schwererkrankte einzutreten, deren Erwerbsbeschädigung mindestens 50 Proz. beträgt. Arbeitsfähige mit geringerer Erwerbsbeschädigung werden im Besonderen am die Fürsorge für Erwerbsbeschädigte im Arbeitsamt, Unterstadt 106, Zimmer 2.

Der Neue Grundbesitzbesitzer hielt am Mittwoch abend in den Zentralhallen eine Versammlung ab, in der eine Entscheidung über die Miethöhe gegen das Mietrecht ausgelegt wurde, angenommen wurde. Nach der Ansicht der Hausbesitzer bedeutet dieses Gesetz die Verhängung der Zwangsmitgliedschaft und eine Vergewaltigung und Entziehung des Hausbesitzes. — Trotz der starken Ansprache wird die Entscheidung praktisch wertlos bleiben. Es geht eben nicht an, daß die Mieter der spekulativen Hausbesitzer launiglos ausgetrieben werden. Der Dinstag glänzte, daß die Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz am 25. Juni erscheinen würden. Man warte, so sagte er nach den Berichten der hiesigen Bürgerlichen Blätter weiter, mit einem Zuschlag zur Grundmiete von 400 % rechnen. — Ob sich die Herrschaften nicht ein wenig verrechnen?

Abzeichen.

Von Edwin K. Polph. Durch Beschluß des Göttinger Parteitagess ist für uns ein Parteiabzeichen eingeführt, das nun endlich fertig ist und vertrieben, denn auch noch recht wenig getragen wird. Solche Abzeichen tragen nur noch Kundschaften, die die besondere Bedeutung des Abzeichens kennen. Da es sich immer nur um kleine Parteien oder Momente handelt, so wird es kaum möglich sein, ein der Kundschaften geliebtes Zeichen zu finden, das bei gleichzeitigem Bild den tiefsten Sinn augenfällig enthält. Erst wenn das Parteiabzeichen allgemein eingeführt ist, in keiner Beziehung jedem bekannt ist, wird es die ihm zukommende Bedeutung erlangen.

Der Antrag auf den Göttinger Parteitag mit ein Parteiabzeichen war nicht gerade neu, auch hätte ich schon mehrere Entwürfe an den Parteitag eingereicht. Aber während sie sich ein wenig segensreich unter der Hand zu finden, weil man glaubt, nicht durch ein äußerliches Zeichen eine Gefühlsveränderung zu bewirken, die sich schon in jeder Hinsicht auswirken sollte. Ich die Göttinger Tagung, damit eine Notwendigkeit der Zeit. Bei unserer Parteitagung soll die Arbeit sein, den alten ererbten Parteifarben, die verblasst und unkenntlich wurden, als der Farben der Republik Aktion und Geltung zu verschaffen. Weiter möchte man den sich immer heftiger gebärdenden Nationalismus, der schon heute die Straße zu beherrschen, mit der mächtigsten öffentlichen Beziehung des neuen Geistes entgegenzusetzen. Es liegt nicht daran, die Schwärze der Grundfarbe zu verwerfen, als ob das alte Parteifarben unbrauchbar und veraltet ist. Denn wir haben mit uns das alte Schwarz-Rot-Gold, das mit Spinnrad und Hahn bekrönt und veredelt ist, das die Zeichen der Republik, und erheben es zu einem neuen Parteifarben.

Die unter Parteifarben, so waren auch in früheren Zeiten die Abzeichen nicht eigentlich ein Erkennungszeichen, sie wurden nur zur Unterscheidung der Demonstrationen und der Propaganda genutzt. In Hermann Löns' Roman „Der Werwolf“, der in der Zeit des westfälischen Krieges im heutigen Westfalen spielt, lesen wir, wie die Bauern zusammenkommen, um dem Landesherrn zu begegnen und zugleich ein Strafgericht durchzuführen. Nach dieser Roman kennen ein gemeinsames Abzeichen, das sie selbst führen und das sie jedesmal am Ort ihrer Zusammenkunft zu zeigen und zugleich ein Strafgericht durchzuführen. Das Wort „Schwarze“ enthalten dem Sinn, andere Abzeichen, und es ist daher auch ein allgemeines Abzeichen, wie es die Parteifarben der verschiedenen Parteien machen wollen. Es ist nicht nur ein Abzeichen, sondern ein mächtiges politisches Symbol. Und das alte Schwarz-Rot-Gold, das die Zeichen der Republik, die alten Farben, die auch die Zeichen der Republik sind, werden.

Vertretung des Reichsfiskus im Versorgungswesen. Die amtliche Hauptfürsorgestelle schreibt uns: Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß immer wieder unmittelbar an das Reichsarbeitsministerium Zustellungen von Klagen und Abmahnungsbeschlüssen gegen Angehörige der Versorgungsbehörden und Versorgungsberechtigten erfolgen. Diese Zustellungen lassen erkennen, daß die Reichsämter über die Vertretung des Reichsfiskus im Versorgungswesen noch nicht genügend unterrichtet sind. Die Erlasse über die Vertretung des Reichsfiskus im Versorgungswesen sind veröffentlicht in den amtlichen Nachrichten des Reichsarbeitsministeriums, Abteilung für Kriegsschadige und Kriegshinterbliebene, Heft 24 vom 29. Juli 1920 und im Reichsverordnungsblatt vom 22. März 1922. Sie können während der Geschäftsstunden im Geschäftszimmer der Kriegsschadigenfürsorge, Unterstadt 104, Zimmer 18, von Interessenten eingesehen werden.

Eperanto. Ueber den Wert und die Ausbreitung des Eperanto wird uns von der hiesigen Eperanto-Gesellschaft geschrieben: Beim Internationalen Arbeitsamt, von dessen Beamten einige schon Eperanto beherrschen, beginnt demnächst ein Eperanto-Schulungslehre, nachdem man sich anläßlich der Osterferien betriebl. Eperanto und Schule von der hervorragenden Brauchbarkeit des Eperanto als Verhandlungssprache überzeugt hatte. — Bei der im Völkerverein in Genuß stattfindenden internationalen Eperanto-Konferenz wurde vom Generalsekretariat des Völkervereins besonders den Deutschen Anerkennung ausgesprochen für die ausgesprochenen Berichte, die vom Eperanto-Institut für das Deutsche Reich eingereicht wurden. Diese Berichte dienen dem Generalsekretariat als Grundlage für den dem Völkerverein vorzulegenden Bericht über den Stand der Eperanto-Bewegung.

pd. Ein fährlicher Freund. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Schlesdorf wegen Diebstahls und Urkundenfälschung. Der Polizeikommissar hatte einen hier wohnhaften Freund besucht und hatte diesem in einem unbewachten Augenblick ein Scheinbuch gestohlen. Aus diesem Scheinbuch heraus ließe er mehrere Scheine verschiedener Höhe aus, füllte den Namen seines Freundes und gab die Scheine zu seinem Vorteil in Zahlung.

ph. Diebstahl. Aus einem Gartengrundstück in der Markstraße sind zwei eigene Körner Gartensessel gestohlen worden und auf der Suche von Hamburg nach hier ist von einem Kaskadisten ein Saal Stuhl abgehoben gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Eintritt auf Versammlungen, Theater ufo.

Santa-Theater. Nur noch an 4 Abenden kann die große Schiller-Oper „Der Teufel in der Leinwand“ aufgeführt werden. Am Dienstag findet das in Berlin und Hamburg Aufgeführte erste öffentliche Aufführung von „Der Werwolf“ mit Hildegard Behre als Gast statt.

Rechts Wolf bleibt noch bis Sonntag auf dem Bursfeld. Die nicht anwesenden Vorlesungen werden beim Publikum großes Interesse, jedoch ein Besuch zu empfehlen ist.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Gegen die Reaktion! Die am 14. Juni im Gewerkschaftsausschuß angesetzte Versammlung der Betriebsvereine der SPD. nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Wir ermahnen von der Reichsregierung und der Landesregierung (Sonder), daß sie dem schändlichen Mißbrauch der demokratiepolitischen Freiheiten der Republik durch die sogenannten „nationalen“ Rechtsparteien nunmehr mit den schärfsten Maßnahmen entgegenwirken. Die Versammlung ist sich darüber klar, daß eine sorgfältige Ausbildung der republikfeindlichen Demonstrationen der Reichsregierung zu den schwersten Verletzungen des Deutschen Reiches führen muß. Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit, daß auf allen öffentlichen Versammlungen, wie Schulen, Volkshäusern und Versammlungshallen am Verfassungstage, dem 11. August, wo auch bei allen andern öffentlichen Feiern die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt wird.

Hamburg. Ausbau des Hafens. Die Senatsvorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen als erste Rate für die Arbeiten im Hafen erfordern, wurden von der Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Hessisch. Doppelfeldmord. Im Elde-Grave-Kanal wurden die mit einem Strick zusammengebundenen Leichen

des Ehepaars D. aus Rethwischfeld gefunden. Der 71 Jahre alte Mann und die 68jährige Frau haben den Tod freiwillig in dem Kanal gesucht.

Riel. Bestrafungsversuch. Das Schöffengericht Kiel vernichtete den Kaufmann Emil Gust in Schwerin zu 10.000 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte legte dem Oberregierungssekretär Kipp bei der Reichsfinanzabteilung des Landesfinanzamtes in Kiel 3000 Mk. auf den Tisch, damit der Beamte ihm bei Zuweisung eines Postens Ruffee behilflich sei.

Wreck. Vom Zuge überfahren und getötet wurde der fünfjährige Sohn eines Werftarbeiters aus Kiel, der bei den Grobriemern in Rindorf auf Besuch weilte.

Die Koalition in Mecklenburg geprengt.

Schwerin, 15. Juni. Im Schweriner Landtag erfolgte am Mittwochnachmittag die mit Spannung erwartete Wahl des Landwirtschaftsministers. Der erstgenannte Landwirtschaftsminister war ein Dorfbändler. Demnach sollte der Dorfbändler jenseits seiner Kandidaten nicht nur, Erbpächter Eiler, sondern „aus sachlichen Gründen“ nicht das Wohlgefallen der Deutschen Volkspartei, obwohl die sachlichen Gründe bei Eiler nicht anders liegen, als sie bei seinem Vorgänger Schulz lagen, der doch die Liebe der Deutschen Volkspartei besaß. Aus sachlichen Gründen war der eine wie der andere. Die Deutsche Volkspartei ist offenbar in einem Übermaß mit Eiler selbst; denn, wenn sie Schulz sachlich liebte, kann sie Eiler sachlich nicht hassen.

Aber der Witz ist der, daß die Deutsche Volkspartei überhaupt keinen Dorfbändler wieder haben wollte, sondern einen Mann nach dem Herzen der Deutschnationalen. Die Partei der Großgrundbesitzer und mit ihr heute die Deutsche Volkspartei glaubt, hauptsächlich auf den „Dorfbändler“, auf die „Bauern“ herabspucken zu können, die eben den großen Herren „sachlich zu dumm“ sein lassen! Gewählt wurde zum Landwirtschaftsminister der Dorfbändler Eiler mit 33 Stimmen. Der Kandidat der Deutschen Volkspartei erhielt 15 Stimmen und der Kandidat der Deutschnationalen 12 Stimmen. Die Sozialdemokratie stimmten für Eiler. Darauf haben der deutschnationale Minister Reinhold Bloch und Bräuner, der politisch geschichtslos war, ihre Vertreter niedergelegt. Die große Koalition ist damit kaputt. Es besteht jetzt noch die Möglichkeit, die Kleine Koalition zu bilden, doch hängt dies von der Haltung der Dorfbändler und Demokraten ab. Solche diese Schwäche oder fallen gar um, so werden wahrscheinlich Neuwahlen vorgenommen werden müssen.

Stabe. Ein interessanter Notgeldprozeß beschäftigte die Güdler Strafkammer. Auf Grund des Beschlusses des Gemeindevorstandes in Lohstedt wurden im Frühjahr vorigen Jahres 100.000 Stück Notgeldscheine zum Reife von je 50 Pf. ausgeben, um die schlechte Finanzlage der Gemeinde aufzubessern. Die Vorderseite der Scheine zeigte einen starken Baum, an dessen Spitze zwei hängende Männer hingen, die einer gewissen Menschenwaise ähnlich sahen und den Eindruck der Schieber machten. Kerner waren mehrere Aehren gezeichnet worden, die den Baum umflossen. Links und rechts davon fanden die Worte: „So muß hat all die Schieber gehn, denn könnt um Dittschland beeter stohn.“ Beim Einreichen der Notgelder war nur ein einziger Schein zurückgelassen worden. Der aus 14 Personen bestehende angeklagte Gemeindevorstand wurde freigesprochen, da ihre Behauptung, nicht gewußt zu haben, daß eine behördliche Genehmigung zur Ausgabe des Notgeldes erforderlich gewesen sei, nicht widerlegt werden konnte.

Aus Finnlands Industrie.

Dr. Rudolf Studen hat im Auftrage der Nordischen Gesellschaft in Lübeck eine Studienreise nach Finnland unternommen und wird in nächster Zeit eine Reihe von Berichten über die wirtschaftliche Lage des Landes geben.

Tammerfors. Ein schmaler Streifen Landes trennt das Seengebiet des Näsjärvi vom Pohejärvi; als Bollwerk steht dieser Streifen Landes gegen den natürlichen Abfluß des Wassers und hebt den Spiegel des Näsjärvi 18 Meter über den Pohejärvi hinaus. Durch eine 1/2 Meile lange Rinne von einem halben Kilometer Länge fließen die zuströmenden Wassermengen zu dem tiefer liegenden See hinab; der Tammerfors, auf finnisch Tammerkoski, die Wiege der finnischen Großindustrie.

der Göttinger Parteitags hat sie zur Grundlage unseres Parteiabzeichens gemacht, so werden wir sie tragen als ein Symbol der neuen Gesinnung. Vielleicht, daß sie auch einmal als Zeichen einer geistigen Macht Weltgeltung erlangen und zu einem Zeichen der Ehre und der Würde werden.

Das liest sich so schön!

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Ich lernte sie ganz zufällig kennen. Ihr Heim war äußerst gemütlich ausgestattet. Sie klebte sich nach der neuesten Mode, ohne jedoch durch Übertreibungen aufzufallen. Sie spielte gut Klavier und hatte eine schöne Stimme. Ueber bildende Künste plauderte es sich vortrefflich mit ihr. Sie hatte viel gelesen, auch mancherlei über Sozialismus und Kommunismus.

Als sie meine Parteizugehörigkeit erfuhr, brachte sie ein Heft herbei und sagte: „Das müssen sie einmal lesen. Der Verfasser ist ein guter Freund von mir. Er hat mir dieses Exemplar zugesendet und mit einer handschriftlichen Widmung versehen.“ — Ich blätterte ein wenig in der Broschüre. Der Stil war glänzend. Gelehrte mochte der Verfasser ganz entschieden sein. Jemand, welcher Beziehungen zum Leben, wie es in Wirklichkeit war, sich er aber nicht zu haben. Ich hielt ihn für einen radikalen Schwärmer.

„Was sagen sie zu dem, was Ihr Freund in dieser Schrift ausgeführt hat?“ fragte ich meine Gastgeberin. Ohne Zögern antwortete sie: „Von dem was in dem Heft steht, unterforsche ich jedes Wort!“ Sie hatte auch mancherlei unterstrichen, z. B. in der Einleitung folgenden Satz: „Alles, was die kapitalistische Epoche an sogenannten Kulturgütern hervorgebracht hat, und alles, an dem sich die Angehörigen der sogenannten besseren Kreise ergötzen, und womit sie — bildlich wie wörtlich — ihre Wohnräume anfüllen, muß sich auflösen und zugrunde gehen: je eher, um so besser.“ Das las ich. Dann sah ich auf den kostbaren Flügel, auf dem ich Ihr Bild den langsame Satz aus Brahms' gewaltiger Fein-Kunst vorgelesen hatte, auf das Eisbärenfell vor dem Tische, auf die Karte mit allerhand gebiegenen Kunstblättern und auf verschiedene andere, womit die Angehörigen der besseren Kreise . . .

Ein paar Seiten weiter war angeführt: „In der neuen Epoche, deren Kommen nur verzögert, nicht aber verhindert werden kann, hat nur der Mann mit der schmiegligen Faust das Berechtigungsrecht und die Frau, deren Hände gearbeitet sind, und der die Haare in natürlicher Wildheit ums braungebrannte Gesicht flattern.“ Dabei mußte ich unwillkürlich ihre wohlgepflegten Hände ansehen und mit dem Auge die zarte, sammetweiche Haut ihres Gesichts abschätzen. Nachdem ich auch das kunstvoll frisierte Haar betrachtet hatte, blätterte ich weiter und fand dort

Im Sommerkrieg war der Bundschuh sowohl Name wie Abzeichen einer geheimen Bauernverbindung, die sich gegen die Schließung durch den Adel anstrebte. Der Bundschuh war ein großer bis über den Knöchel reichender Schuh, der mit Riemen über dem Fuß gebunden wurde. Da er von Bauern getragen wurde, während der Adel als ein Zeichen der Ritterschaft und der Bernachtheit hohe Reiterschuhe bevorzugte, so wurde der Bundschuh das Symbol und Feldzeichen des unterdrückten Bauernstandes. Jauch war es der Name einer im Jahre 1502 in Buchs im Württemberg gegründeten geheimen Bauernverbindung, die eine gewaltige Erhebung vorbereitete mit dem Ziel, alle Feindschaft zu beseitigen und nur allein die des Kaisers anzuerkennen. Sie richtete sich gleichermaßen gegen die Kirche wie gegen den Adel, die beide den Bauern maßlos ansetzten. Im Sommerkrieg wurde dann der Bundschuh das Wappen und Erkennungszeichen aufständischer Bauerntrupps. Ehemals ein Feldzeichen der niederen Stände, des mittelalterlichen Bauern, der Ausgebildeten und Entschlossenen, wurde er jetzt Symbol für eine gewaltige soziale Bewegung, die Befreiung von Feudalismus und Unterdrückung zum Ziele hatte. Mit dem Bundschuh war das Zeichen des niederen Standes, das heißt der Arbeiter und Lohnarbeiter, zum Wahrzeichen einer Erhebung, es wurde Rot und Goldgelb und das Aussehen einer Flagge.

Wahrscheinlich sind uns ja aus der französischen Revolution die Zusammenhänge bekannt, wie man die Proletarier und Bauernstände zusammenbrachte, weil sie, dem vierten Stande angehörig, Pantalon, lange Hosen trugen, im Gegensatz zu den höheren Ständen, die Anzettel, Giletten, Kravatten, waren Proletarier. Welt und hier die lange Hosen nicht gerade als ein Hohnzeichen, so war es doch der Ausdruck einer neuen Welt und in der Geschichte leben ihre Träger fort als die Träger der französischen Revolution. Nach den Umständen in Baden im Jahre 1849 und dem Auftreten der Arbeiter und Bauern waren ja ebenfalls die nach ihnen benannten Bauern und Arbeiter die Träger demokratischer Gesinnung und die Träger dieser Hute und Schuhe machten sich den Grundbesitzern sehr verhasst.

Im Jahre 1849 sind wir aber das Beispiel der Geusen, wie ein Ausdruck der Abhängigkeit der Rome einer Bewegung und das entsprechende Abzeichen mit Stiefeln geführt wurde. Im November 1848 erhoben die niederrheinischen Geusen gegen die Regierungen der holländischen Regierung Philipp II. Protokoll und als am 5. April 1849 49 Geusen eine Schrift herausgibt, überschrieben wollten, erheben sie die Forderung der Gleichheit der Staatsbürger, es wären ja nur Geusen (Geusen). Da die Geusen dies erzählten, gränzeten sie zum vierten Roman eines Band und führten als Abzeichen einen schwarzen Stiefel mit dem Stiefel ein. Der Name aber wurde in einem Romanbandmittel und der Band liegt unter dieser Hute zu großer Ehre. Sich anders hat man heute noch die Geusen der Republik verstanden zu machen vermag und

Vor etwa 100 Jahren, bald nachdem Finnland als Großfürstentum mit der russischen Krone vereinigt war, besuchte Zar Alexander I. die Gegend von Tammerfors. Der Gedanke, an dieser natürlichen Kraftquelle Industriestellen zu entwickeln — einige kleinere Fabriken bestanden bereits — wurde ihm zugetragen, und Tammerfors erhielt Zollfreiheit für Maschinen, Rohstoffe und Materialien. Einer der ersten, der sich hier niederließ, war der Schotte Finlayson, der die Rechte zur Anlage einer Fabrik für Maschinenbau und Eisenmanufaktur erhielt. Das Werk glückte nicht — aber nach einer Reihe von kühnen Jahren importierte Finlayson englische Spinnereimaschinen und wandelte seine Fabrik in eine Baumwollspinnerei um. Damit beginnt für das Werk und für Tammerfors eine neue Ära. Durch die Zollfreiheit und Wasserkraft begünstigt, entwickelte sich nun die Spinnerei- und Webwarenindustrie, neben Finlayson entstanden andere Textilunternehmungen, Finlaysons Fabrik selbst, die inzwischen in die Hände der Familie v. Notbeck überging und 1908 zur Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, stieg auf zur größten Unternehmung der Textilbranche des Nordens; sie beschäftigt heute über 2000 Arbeiter. 1905 wurde das Privilegium der Zollfreiheit beseitigt, und die Tammerfors Werke den konkurrierenden Fabriken der Hafenstädte rechtlich gleichgestellt. Aber die Entwicklung von Tammerfors ging weiter, trotz der 150 Kilometer Bahntransport vom Hafen zu den Fabriken. Denn in seinen Werken liegt jahrzehntelange Erfahrung, in seiner Arbeiterbevölkerung durch Generationen vererbte Geschicklichkeit, der Tammerfors treibt die Turbinen. Neue Kraftquellen wurden erschlossen durch eine Ueberlandzentrale bei Nokia. Tammerfors wurde das finnische Manchester, die ausgeprägteste Industriestadt des Landes.

Die Textilindustrie Finnlands, durch Zölle — ebenso wie in Deutschland — gegenüber ausländischer Konkurrenz benachteiligt, befreit heute annähernd den Bedarf des Landes. Der Rohstoff kommt für die Baumwollindustrie aus den bekannten Gebieten des Baumwollanbaus, für die Leinwandindustrie aus Ostland, Belgien, Irland und z. T. aus dem eigenen Lande. Der Leinwandbau in Finnland weist steigende Ziffern auf, gefördert durch die Anlage von Aufbereitungsanstalten auf dem Lande und durch zielbewusste Propaganda. Einfuhrhüfen für die Tammerfors Industrie sind Ubo, Raumo und Mantschu.

Auffallend sind in Tammerfors die glänzenden neuzeitlichen Fabrikbauten. Im Betrieb selbst überwiegt die Anzahl verschiedener Stoffarten, Muster und Marken, die hier produziert werden. Es ist klar, daß eine Spezialisierung der Fabriken wie in Deutschland nicht vor sich gehen kann bei dem auf wenig Millionen Menschen begrenzten einheimischen Markt und der kleinen Zahl von Fabriken. Die Muster weichen von den in Deutschland gebräuchlicher vielfach stark ab. Zur Regelung des Absatzes sind die Fabriken in einem Ring zusammengeschlossen, der Preise, Rabatte usw. vorschreibt.

Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind stark organisiert. Bei dem guten Geschäftsgang der meisten Industrien — vielleicht mit Ausnahme der Eisenindustrie — ist die Zahl der Arbeitslosen gering, was die Stellung der Gewerkschaften wesentlich stärkt. Auch hier gibt der achtstündige Arbeitstag mit geteilter Arbeitszeit. Die Löhne stellen — nach den bestehenden Statistiken — im Verhältnis zur Vorzugszeit stärker gekümmert sein als die Lebenskosten. Alljährlich im Frühjahr macht sich ein Zug nach dem Lande geltend, der Natur der Bevölkerung entsprechend und durch die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft gefördert.

Das Streben nach Selbstbestimmung der Arbeiter hat dazu geführt, daß einzelne Fabriken, vor allem Finlayson, in großem Stil Arbeiterwohnstätten schufen. Finlayson verfügt heute über 7-800 Arbeiterwohnungen. Der Typ ist etwa folgender: Um einen mit Rasen und Gemüsegärten versehenen Hof herum liegt im Viereck eine Anzahl einstöckiger aus Holz aufgeführter Gebäude; die Gebäude enthalten zumeist 6 Wohnungen; die Wohnung besteht aus Küche und Stubbe, dazu Boden und Keller. Haus und Hof machen den Eindruck sorgfältiger Pflege, an den Fenstern steht man viel Blumenpflanz. Nach den Kriegsjahren sind fast alle größeren Werke zum Bau von Wohnungen übergegangen, da die Wohnungsnot, bei dem Rindigungsrecht der Hausbesitzer, Unsterblichkeit und Unruhe in die ganze Bevölkerung hineinträgt.

Tammerfors hat in seinen Fabrikbauten, öffentlichen Gebäuden, sowie in einer Reihe von Banken und Geschäftshäusern zweifellos einen Zug von Großartigkeit. Gleichzeitig mißt es freudlich durch das Fehlen der Mietskammer, durch Anlagen sowie die waldumrandeten Seen, die von zwei Seiten die Stadt begrenzen. Neben der Textilindustrie finden sich Sägewerke und Papierfabriken, die ihre Rohstoffe aus den Wäldern des Seengebietes erhalten, ferner zwei Fabriken der Eisenindustrie. Das Ganze eine Fabrikstadt eigenen Stils, geschaffen durch Unternehmungsgeist und weitsehende Wirtschaftspolitik.

Dr. Rudolf Studen.

Gewerkschaften.

Großkampf in der Textilindustrie?

Es kann für den Beobachter der wirtschaftlichen Kämpfe längt kein Zweifel mehr darüber bestehen: die Unternehmer geben systematisch vor, um das in den Jahren 1917 bis 1919 verlorene Terrain wieder zurückzuerobern und darüber hinaus die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung um mindestens 25 Jahre zurückzuwerfen. Dieses Vorgehen ist ein internationales, durchaus einheitliches und geschlossenes. Wie der internationale Kongress der Bauunternehmer, der im Oktober 1921 in Brüssel tagte, eine einheitliche Kampfpolitik gegen den Achtstundentag bezw. zu seiner Umgehung ausgab, die auch überall befolgt wurde, mehr oder weniger offen und brutal, je nach der Stärke der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern, so scheint auch in den anderen Industrien eine Verständigung über ein einheitliches Vorgehen erfolgt zu sein. Erleichtert wird den Unternehmern ihr Vorgehen einerseits durch die internationalen Verhältnisse, die eine isolierte Aktion der Arbeiter äußerst schwierig, fast unmöglich machen, andererseits durch die kommunistische Spaltung und Zerfahrenheit der Arbeiter, die ja glücklicherweise nicht überall den Erfolg hat, den die Kommunisten und die — Unternehmer davon erwarten.

In Deutschland scheinen wir einem schweren Kampfe um die 46-Stundenwoche in der Textilindustrie entgegenzugehen. Wenn die Unternehmer auf ihrer Forderung beharren, die durch zeitweise Einriegelung von Arbeiterhanden praktisch die Durchbrechung des Achtstundentages bedeutet, dann wird es zu einem offenen Riesenkampf kommen. Wie ein solcher Kampf auch ausgehen mag, sonst kann von vornherein gesagt werden, daß er beiden Teilen schwere Wunden schlagen wird. Es kann den Textilunternehmern gar nicht dringlich genug gesagt werden, daß selbst ein verlorener Kampf für die Arbeiter nur ein für kurze Zeit verlorener Kampf wäre. Heute sind die Textilarbeiter nicht mehr die zeitweise rebellierenden Sklaven, wie wir sie noch aus Hauptmanns „Webern“ kennen, sondern freie Männer und Frauen, die über ihr Geschick zu bestimmen in der Lage sind und die sich im Deutschen Textilarbeiterverband eine Organisation geschaffen haben, die mit ihren mehr als 700 000 Mitgliedern allen Möglichkeiten gewachsen ist.

Entsprechend dem Ernst der Lage haben Verbandsvorstand und Beirat des Textilarbeiterverbandes in ihrer Sitzung vom 12. und 13. Juni, nach Ablehnung des Vorschlages der Unternehmer in Sachen der umstrittenen Arbeitswoche, die Verdoppelung der Beiträge angeordnet. In einem Aufruf an die Mitglieder werden diese aufgefordert, sich zur Abwehr zu rüsten und bereit zu halten. Die Tagung hat alle organisatorischen Maßnahmen vorgegeben, um einem von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfe gerüstet gegenüber zu stehen. Die Unternehmer in der Textilindustrie, die faßbare Gewinne machen, denen es noch nie so gut wie jetzt gegangen ist, seien noch einmal ernstlich gewarnt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die ungeheure Ausplünderung der Verbraucher, die niedrigen Löhne der Arbeiter und die Milliardengewinne der Industriellen und Aktionäre sind des Standards genug.

Aus aller Welt.

Bestechungsversuche an Beamten. Der Verein gegen das Bestechungswesen teilt mit: Einige Gerichtsurteile der letzten Zeit zeigen, wie dreist Bestechungsversuche an Beamten verübt werden. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Bierhändler Moses Weiser in Berlin zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte einen Transportwagen und bot dem Oberbahnhofsverwalter Steyer 5 % an, wenn er für Weiser 75 % Schadensersatz durchdrücke. — Das Schöffengericht in Halle verurteilte den technischen Fabrikanten Robert Lübben in Duisburg zu 300 Mark Geldstrafe. Lübben ließ dem Eisenbahnpraktikanten Schröter in Halle einen „Provisionszuschuß“ in die Privatwohnung senden, um durch den Beamten Aufträge seiner Behörde zu erlangen.

Ein Storch als Großhändler. Ein in ein Nest nach Dessau (Bez. Magdeburg) zurückgekehrter Storch trug einen Gegenstand am Hals. Es gelang, ihn in eine Scheune zu locken und einzufangen. Am Hals war ihm kunstgerecht ein kleines Lederbüchlein befestigt, in dem ein Zettel mit folgender Inschrift lag: „Einen Gruß der deutschen Heima! Willi Buda, Farmer in Rönt am Viktoriasee (Ostafrika), geboren 12. April 1897 in Gerbauern, Ostpreußen.“

Wier Kinder ermordet. In Neukand-Städtchen bei Löwenberg hat die Frau des Gutsbesizers Krauß ihren vier Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren den Hals durchgeschnitten und sich selbst das Leben zu nehmen versucht. Man nimmt an, daß die Frau, die im nächsten Monat ihrer Niederkunft entgegensteht, in einem Anfall geistiger Unmündigkeit gehandelt hat.

Gesundheitsgefährliches Leitungswasser. In der letzten Woche hat sich in Königsberg eine große Anzahl eigenartiger Erkrankungen zugezogen. Das hygienische Institut der Universität hat jetzt festgestellt, daß im städtischen Leitungswasser Paratyphusbazillen vorhanden sind und daß die Erkrankungen auf den Genuß des Leitungswassers zurückzuführen sind.

Eine Tragödie im Schaufenster. Ein tragisches Schauspiel konnte man kürzlich in der Bahnhofstraße in Saarbrücken beobachten. In dem Schaufenster eines Modeschauens standen zwei Puppenfiguren, die sich infolge der heulenden Hitze langsam aber sicher in Wohlgefallen auflösten. Der Kopf der einen fiel nach vorne und die Arme lagen halb zerquetscht daneben. Die Figur zur rechten konnte den Tod ihrer Freundin nicht überleben und sank, von Rührung und Hitze überwältigt, sachte neben ihr zu Boden.

„Gaut den Lukas!“ Mrs. Marburg wird berichtet: Auf dem Friedländer Markt schlug ein 18jähriger Bauernbursche aus Landerscheid den bekannten „Lukas“ 22mal nacheinander. Dann stürzte er, von einem Herzschlag getroffen, tot zu Boden.

Die Sonnenfinkens-Expedition. In den nächsten Tagen verlassen die deutschen Mitglieder der Deutsch-holländischen Sonnenfinkens-Expedition Europa, um sich mit ihren Instrumenten nach Christmas-Inseln, südlich von Java, einzuschiffen. Die Expedition hat sich als einzige Aufgabe die zur Prüfung der Relativitätstheorie wichtige Frage nach der Schwere des Lichtes gestellt und nimmt zwei speziell für diese Aufgabe von den Firmen Zeiß-Jena und C. Bamberg-Friedenau konstruierte Mikroskopen mit Hilfsapparaten verschiedenster Art mit.

Der werdende Naturschutzpark in der Lüneburger Heide.

Ganz in aller Stille hat das Geschick des „Naturschutzparkes“ eine bedeutende Wendung genommen, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfahren hat. War der Gedanke des Parkes bisher nur getragen von dem idealen Willen des „Vereins Naturschutzpark“, so tritt dieser jetzt bescheiden etwas zurück und hat den von ihm aufgeworfenen und in die Wirklichkeit umgesetzten Naturschutzparkgedanken vertrauensvoll der preussischen Regierung zur Führung übergeben. Durch ein Uebereinkommen aller Beteiligten und Interessierten war es möglich, durch die Polizeiverordnung vom 5. Januar 1922 des Regierungspräsidenten in Lüneburg sowie eine Verordnung vom 29. Dezember 1922 des preussischen Ministers für Kunst und Wissenschaft und des Landwirtschaftsministers nicht nur das Banngebiet „Naturschutzpark Lüneburger Heide“ festzusetzen, sondern auch eine ganze Reihe von Verfügungen zu erlassen, die einen bestimmten Grundriß des zukünftigen Parkes ergeben. Zwar ist noch vieles recht lückenhaft, und der Naturschutzpark, wie ihn sich mancher wohl vorstellen mag, liegt noch in weiter Ferne; immerhin, der feste Grund des Geschehes ist da, ihn auszubauen, dafür Sorge zu tragen, daß nicht durch verschiedene vorhandene eigenmächtige Strömungen ein Zerbrochen entsteht, ist Sache aller Freunde des Parkes und vor allem der Volksvertreter in den Parlamenten; denn alle Macht liegt heute in Händen der Regierung.

Die durch die Verordnung festgelegten Grenzen des Banngebietes verlaufen, grob unrißlich, ungefähr wie folgt: Östlich von Schierhorn nach Süden verlaufend, schwenkt die Grenze hinter Wesel wieder nördlich herum, um dann in SW-Richtung zur Bahn Buchholz-Soltan zu gehen. Kurz vor Wintermoor verläuft die Grenze erst am Forstrand, dann an der Chaussee bis in die Nähe von Schneeverdingen, läuft von hier südlich ins Hiehmoor, biegt nach Osten zum Scharler Forst, läuft an einem Rande entlang, dann kurz vor Bippingen im großen Bogen erst NW, dann NO verlaufend zum Forst Langehorn. An seiner Grenze geht es in gleicher Richtung bis zur Aue. Von hier strebt sie immer nahe am rechten Ufer bis Schähdorf, biegt dann langsam nach den NO-Hängen der Hanstedter Berge und weiter in NW-Richtung auf Schierhorn zu. Genaue Karten mit den eingezeichneten Grenzen liegen auf den Landratsämtern in Winsen und Soltan zu jedermanns Einsicht aus.

In diesem unrißlichen Gebiet ist es nun verboten, Heide anders als zu den hergebrachten Zwecken der Streu- und Schmuckmaterialien zu verwenden. Alles Beileitigen, Abreimen usw. ist ohne

ein „Sehr richtig!“ und ein doppelt unterstrichenes „Bravo!“ wo der Verfasser aufforderte, sich so „paradiesisch“ als nur möglich zu kleiden und sich höchstens zum Schutz gegen starke Kälte und gegen dorniges Gestrüpp einige primitive Hüllen anzulegen. Die Urheberin dieser Randbemerkungen aber trag selbena Strümpfe, Hauschuhe von allerartstem Leder und allerhand Kleidungsstücke, die mir durchaus nicht wie „primitive Hüllen“ vorkamen!

In der Mitte der Broschüre zog der Verfasser mit seinem Spott über die Art unserer Ernährungsweise zu Felde. Er führte u. a. aus, der Mensch von heute sei entartet und verdorben. Das neue Geschlecht müsse auf Gewürze und Süßigkeiten, auf alles Kochen, Braten usw. verzichten lernen und mit rohen Rüben, getrockneten Früchten, Nüßkernen und klarem Quellwasser seinen Hunger und Durst stillen. Da sagte ich: „Auch das haben Sie unterstrichen! Ist auch das Ihre Meinung? Lesen Sie denn so?“ Da sah sie mich erst groß an. Dann lachte sie hell auf und rief: „Da müßte ich doch verückt sein!“ Als ich sie verwundert anblickte, fuhr sie fort: „Trotzdem aber habe ich solche Schriften gern. Dieses radikale Zeug wird doch wohl kaum ein Mensch beherzigen. Es steht sich aber so schön!“

Da empfahl ich mich und kam nie wieder mit ihr zusammen. Dafür aber nach einigen Wochen ganz zufällig mit ihrem Freund, dem Verfasser der Broschüre. Er war mit ausgesuchter Eleganz gekleidet. Seine Wohnung wies allen „Romantik“ auf. Er hielt verschiedene Sportblätter und wachte im Handelsstil der Tageszeitungen trefflich Bescheid. Ich legte keinen Wert darauf, noch weiter mit ihm bekannt zu werden, denn ich hatte die Empfehlung gewonnen, daß derartige Broschüren nicht nur schön zu lesen sind, sondern daß sie sich auch — gut schreiben lassen!

's Hunderl.

Von Th. Kabele.

Ha — ha — ha — ha — ha! Gestanden Sie, daß ich mich tollage — ha — ha — ha — ha! — Nun bin ich hinüber. Sie können meinethalben annehmen, daß ich Ihnen eine Geschichte aus dem Jenseits erzähle, abgesehen von der Tatsache, daß Sie die Panne passiert ist. Die Sache ist die. — Meine Frau liebt — — — doch ich will nicht vorgehen. Vorgehen um die Mittagszeit klopft es an meiner Wohnungstür. Es klingelt nicht, es klopf, weil das Gesäthe wegen erhöhter Wohnungspreise nicht repariert werden kann. Ich selbst war nicht zu Hause. Meine Frau öffnet.

Ein Herr steht vor der Tür. Sehr würdig, Gut angezogen. Ein Herr in den besten Jahren. Gegenüber in der Nachbarwohnung wird der weiße Pappsticker zur Seite geschoben, der das Gesicht in der Tür verdeckt. Die sehr geehrte Frau Nachbarin hat gehört, daß bei uns oeffentlich wurde und bezieht ihren Besuch.

achtungsposien. Die Gute ist von einer rührenden Mißbegierde in bezug auf alles, was in meiner Wohnung vorgeht, während ich nicht dabei bin. Insbesondere fühlt sich ihr Gemüt angeregt, wenn ein gut angezogener Herr draußen klopft. Sie steht dann unentwegt am Guckloch, um aus der Art des Empfanges und der Dauer des Besuchs tiefergründige Schlüsse zu machen, wie sich die Anwesenheit des klopfenden Herrn mit meiner Abwesenheit als Hausherr zusammenreimen läßt.

Als meine Frau sich durch einen raschen Blick überzeugen hatte, daß der Beobachtungsposien hinter dem Guckloch wie üblich besetzt war, lud sie den würdigen Herrn ein, näherzutreten. „Mit wem habe ich das Vergnügen.“

„Ich bin der Gerichtsvollzieher!“

Meine Frau erbleichte nicht. Sie wußte, daß meine Rechnungen und meine Beziehungen zum Finanzamt freudlich waren. „Und Sie wünschen?“

„Die Steuer fürs Hunderl will ich abholen. Hunderl Mark macht's für, wenn's ein Schöckhund ist 200 Mark.“

„Aber wir haben ja gar kein Hunderl.“ (Meine Frau ist Wienerin, deshalb sagt sie Hunderl.)

„O doch!“ sagt der würdige Herr und sein Gesicht gewinnt einen deutlich erkennbaren amtlichen Zug. „O doch! Es ist der Steuerbehörde angezeigt worden, daß Sie ein unversichertes Hunderl in der Wohnung haben. Gesehen hat's zwar keiner, aber man hört es hier alle Tage in der Wohnung bellen.“

„Nicht möglich“, sagt meine Frau und ein Lächeln spielt um ihren Mund. Meine Frau liebt nämlich — — — doch ich will nicht vorgehen.

„Die Steuer müssen Sie bezahlen. Strafe kostet es bis jetzt noch nicht“, leert der würdige Herr im Ton sanfter Ueberredung, doch mit amtlichem Einschlag.

„Aber wenn wir doch kein Hunderl haben — Sie können ja nachsehen.“

„Es wird nicht anders gehen.“

Hausaufsuchung nach dem Hunderl. In den Zimmern — nichts. In den Schränken ebenfalls nichts. Nirgends ein Hunderl.

„Das verleihe ich nicht — man hat's doch bellen hören“, sagt der Gerichtsvollzieher sorglos.

Nun lacht meine Frau. „Ich will's Ihnen nur sagen. Wenn mein Mann nach Hause kommt, spielen wir oft Hund und Käse. Ich belle wie's Hunderl, mein Mann faucht wie eine Kater. Ich habe auch eine Freundin, die kann gackeln wie ein Huhn — ganz genau. Das macht Laune — Sie sollten es nur hören.“

Der würdige Herr schüttelt sein amtliches Haupt. „Das glaube ich nicht, daß Sie kein Mensch von den Herren.“ Aber er empfiehlt sich. Noch auf der Treppe hört meine Frau ihn sorglos murmeln: „Kein Mensch wird mir das glauben.“

Mit einem schnellen Blick überzeugt sich meine Frau, daß der Kofen hinter dem Guckloch drüben besetzt ist. Dann geht

sie hinein und bestet die Wand an, welche die beiden Wohnungen trennt. Gerade wie ein jörniges Hunderl bellt sie.

Nachher sitze wir beim Mittagessen. Wie gewöhnlich spielt meine Frau einen Bissen Fleisch auf die Gabel. Dann legt sie die Unterarme aufrecht an die Brust und läßt die Patzihändchen nach unten hängen, ganz wie's Hunderl, wenn es aufwartet und gern etwas haben möchte. Und dann beginnt sie zu bellen, genau wie ein Hunderl und gibt nicht Ruhe, bis ich ihr den aufgespießten Fleischbissen in den Mund schüttele. Und dann wieder ein lustiges Gebell. Selbst der kleine Finger an der rechten Hand wackelt vor Freude, wie das Schwanzlein vom Hunderl, wenn's etwas abbekommen hat. Ganz naturgetreu ist dieses Wackeln nicht, aber meine Frau steht dergleichen kleine Scherze, nun kann ich's ja verraten.

Dann erfahre ich die Geschichte mit dem Gerichtsvollzieher und muß doch lachen. „Sieht's aus“, sage ich mit einem verblühten Versuch, ernsthaft zu bleiben, „ich hätte dich gewarnt, daß wir nächstens Hundesteuer bezahlen müssen. Nun hast du es! Wenn's nächstens eine Gerichtsverhandlung wegen Steuerhinterziehung gibt, mußt du vor den Herren im Talar probieren.“

Meine Frau aber wendet sich gegen die Wand, welche die beiden Wohnungen trennt, und bestet sie an — die Wand. Ganz wies Hunderl tut, wenn es jörnig ist.

Vom Wucher.

Dem soll man greifen an die Hauben Und ihm die Zehen wohl abklauben und rupfen die Schwungfedern aus, Wer faucht auf Vorrat in ein Haus, So wein wie Korn im ganzen Land Und fürchtet weder Sünd noch Schand, Damit ein armer Mann nichts finde, Und Hungers starb mit Weib und Kind. Drum ist es jech auch so teuer, Denn schlimmer als früher ist es heuer, Für Wein man gehen Pfund jüngst nahm. In einem Mond es dahin kam, Daß man jetzt dreißig gabet gern Gleichwie für Weizen, Roggen, Korn. Vom Aufgeld will ich gar nicht schreiben, Man schreibt jetzt Elf für Zehn ins Buch. Der Juden Jins war leidlich genug, Aber die können nicht mehr bleiben, Die Christen jenden sie vertreiben. Die treiben Handel mild und lächeln Und dazu schmeißt Gesetz und Recht!!

Genehmigung nicht erlaubt, so daß zu hoffen ist, die noch vorhandenen Heideflächen dauernd zu erhalten. Vor allem ist auch die Aufrechterhaltung von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig, und die im öffentlichen Belange liegenden Forderungen des Natur- und Heimatschutzes sollen berücksichtigt werden. Fragt sich nun, was unter dem „öffentlichen Belange“ zu verstehen sein wird. Von Pflanzen sind Wacholder (Juniperus communis), Storchschnabel (Ulex aquifolium) und Krippelweiden, diese charakteristische Form des Heidekrautes in der Heide, wie sie auch noch vielfach in der Hildesheimer Heide zu beobachten ist, gegen jeden Eingriff geschützt. In der Verordnung ist das Fällen, Ausgraben, Ausreizen, Abpfählen, Abschneiden, Verschütten, Verschütten und Anbringen von Aufschriften ausdrücklich untersagt. Möge sich jeder Besucher des Parkes danach richten und sich selber vor Unannehmlichkeiten bewahren. Doch auch Bäume, Baumgruppen und andere Pflanzenarten und Pflanzengemeinschaften können diesen Schutz erhalten, sobald sie in das „Verzeichnis der Naturdenkmäler“ eingetragen sind. Das „Verzeichnis der Naturdenkmäler“ (§ 12 der Verordnung) wird von dem Regierungspräsidenten in Lüneburg geführt. Die Eintragung geschieht von Amts wegen oder auf Antrag von Beteiligten. Das Verzeichnis ist zu jedermanns Einsicht offenlegen und im Amtsblatt der Regierung zu Lüneburg zu veröffentlichen. Diese Bestimmung ist eigentlich die einschneidendste und kann den Ausbau des Parkes lebhaft fördern, wenn die auf den Park Hoffenden sich ihrer als Werkzeug bedienen. Die vielen Hamburger Wanderer und Naturfreunde finden hier ein Gebiet zu reicher Mitarbeit, und Hamburgs Verdienst am Werden des Parkes, das bis heute verhältnismäßig gering ist, kann durch zielbewusste, zusammengefaßte Mitarbeit aller Parkfreunde zu wertvollem Anteil und unvergänglichem Verdienst am Naturparkpart werden.

Die Tierwelt ist im Park durch den § 7 der Verordnung geschützt. In Säugtieren sind Marder (Mustela martes) und Marderhunde (M. putorius), Füchse (Urocyon) und Ottern (Lutra L.) gegen alle Verfolgungen geschützt. Allgemein sind in ganz Preußen dazu noch die Biber (Castor fiber), Haselmaus (Sorex araneus) geschützt. Die Vögel sind alle geschützt — mit Ausnahme von Birkwäldern, Feldhühnern, Enten und Schnepfen. Letztere sind jagdbare Tiere, und bei Betrachtung dieser Bestimmung stellt sich die noch recht unklare Frage der Jagdberechtigung ganz von selbst auf. Es fällt auf, daß zum Beispiel Hirsche, Wildschweine usw. keinen Schutz als den der jagdbaren Schonzeit genießen, und die Naturfreunde werden sich ganz verwundert fragen, warum denn, wenn dem Landbesitzer im Gebiete Opfer der Beschneidung auferlegt werden, die Jagd unangefastet bleibt. Im Banngebiet sollen noch circa drei Dutzend Hirsche und 4 Dutzend Säuen vorhanden sein. Geraten diese in einen Jagdgebiet hinein, so ist der Jagdpächter berechtigt, sie abzuschießen, auch wenn die Zeit vielleicht einen stolzen Beschneider dem Park beschern würde. Fallen dagegen die Säue in einen vollständigem Hirscheim im Banngebiet, so darf der Beschneider keinen Schutz auf sie abgeben, ja nicht einmal sie mutwillig beunruhigen. Freilich kann nach § 9 der Verordnung der Regierungspräsident einen Abschussplan für die jagdbaren, nicht geschützten Tiere aufstellen, dennoch ist die Lücke im Gedankengang für einen Naturparkpart nicht hinwegzuweisen und die Begründung für eine derartige Sonderstellung der Jagdberechtigten ist nirgends zu finden. Wohl mögen den beteiligten Gemeinden die Einkünfte aus den Jagdwäldern gerne gegönnt sein, aber gerade die Vergütung der Jagd an den Jagdberechtigten birgt eine schwere Gefahr für die ruhige Gestaltung des Parkes in sich. Jede Zeitfrist der Jagd und des Naturparkpartes liegt immer und immer wieder über das leidige Schießertum, die vom Baum und Blume, Vogel und anderem Götter kein Wissen Kenntnis besitzen und allen Bestrebungen des Naturparkpartes so schweren Abbruch

tun. Nirgends aber in der Verordnung ist eine sichere Gewähr gegen einen Mißbrauch derartiger Schießer gegeben. Wer sollte auch wohl klüger sein, wenn irgendwo in stiller, weiter Heide ein verheerender Schuß gegen das von der Allgemeinheit gehegte Gut fällt? Einmütig müssen die Freunde des Parkes aufstehen in der Forderung: Kein Schuß im Banngebiet, wenn es die Interessen des Parkes nicht selbst erfordert! Und dann auch nur von Meisterhand. Die deutsche Jägerwelt müßte selbst diese Forderung erheben, wenn sie Anspruch darauf erhebt, Mithilfe an einem wahren Naturparkpart zu sein. Der preussische Staat will das große Opfer bringen, die Forstkulturen im Gebiet einzuführen und später aufzugeben, und da sollte kein Weg zu finden sein, das private Vergnügen einzelner dort zu verbannen, wegen — im Verhältnis zur Größe des Naturparkpartes — nicht allzu schwerwiegender Jagdpachsummen? Es muß als nächste Aufgabe bezeichnet werden, daß diese Lücke umgehend verschwindet.

Es ist doch verboten, ertastliche Blöde, sofern ihre Ausdehnung 60 Zentimeter überschreitet, zu beseitigen, zu beschädigen oder sonstwie zu verändern“ (§ 10), ebenso wie alle andern charakteristischen Gebilde, wie Quellen, Wasserläufe, Gerölle, Dünen u. a., sofern sie aus Gründen des Natur- und Heimatschutzes im öffentlichen Belange liegen und in das Verzeichnis der Naturdenkmäler eingetragen sind. § 15 schützt die Hünengräber, die nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten verändert werden dürfen.

Die Entscheidung über alle Geschäfte des Parkes liegt durchweg beim Regierungspräsidenten, dem „Verein Naturparkpart“ soll nur Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden. In den Schlußbestimmungen der Verordnung (§§ 19 bis 22) wird u. a. verboten der Verkauf und Ankauf aller geschützten Gegenstände, sowie auch deren Beförderung. Dieses ist wohl zu beachten für Wanderer, denn danach ist auch das Mitnehmen „am Weg gefundener“ Pflanzen, Blumen usw. unter Umständen als Vergehen gegen den Park anzusehen. Das Mitführen von Kochgeschirren ist im ganzen Parkgebiet verboten, selbstverständlich auch das Anzünden von offenem Feuer.

Eine besondere Polizeiverordnung schützt dann noch das ganze Naturparkpartgebiet gegen heulische Verunstaltung. Die Verordnung ist streng und einschneidend für die Gestaltung des Landschaftsbildes. Das ruhige, heulische Bild der weiten Heideflächen darf nirgends mehr zerstört werden.

Der Naturparkpart umfaßt circa 78 000 Morgen. Davon entfallen 35 000 Morgen auf den Risik, 2000 Morgen Gemeinde-land, 1000 Morgen Wege und Wasser, 18 000 Morgen gehören dem Verein Naturparkpart, 22 000 Morgen sind noch im Privatbesitz, davon circa 12 000 Morgen bäuerlicher Besitz. Schon diese Zahlen beweisen, daß noch große Interessengelenke im Park ausgeglichen werden müssen, bis das Banngebiet seinem eigentlichen Zweck entgegengeführt werden kann. Dem „Verein Naturparkpart“ verbleibt noch ein außerordentlich großes Betätigungsfeld, nicht nur um die nötigen Mittel für den Erwerb weiteren Gebietes aufzubringen, sondern vor allem auch eine eingehende Kenntnis von den Dingen des Parkes zu verbreiten, die jeder Mensch und jedem Menschenkind heilig sein müssen. Mögen dem Parkes darum immer neue Helfer entstehen und trotz aller schwerer Feindschaft vor unsern Toren ein Stück echter, naturparkpartiger Heimat bewahrt bleiben.

Allerlei Wissenwertes.
Die Fahrt durch den Bliß.
Man hat oft darüber nachgedacht, was wohl geschehen würde, wenn ein Flugzeug auf seiner Luftreise den Weg eines nieder-

fliegenden Blißes kreuzt. Diese theoretischen Erwägungen sind nun praktisch erledigt worden durch das Abenteuer eines englischen Konfliktiers, des Kapitän Herne, der mit seinem Flugzeug bei einer Geschwindigkeit von 160 Kilometern in der Stund mitten durch einen Bliß flog. Bei seinem Retortflug, auf dem er an einem Tage zweimal von London nach Paris und zurück fuhr, beobachtete er über dem Kanal schwere Gewitterwolken und suchte diese zu umgehen. Da plötzlich sah er zwei oder drei lebhaft aufblühende Bliße nahe seiner Maschine. Eine Geschütterung ging durch das Flugzeug, und es schien einen Augenblick als ob es anhalte, aber dann flog es rasch und gleichmäßig weiter. Herne fragte nun mit seinem drahtlosen Apparat telephonisch bei der nächsten Landstation an und bat um Auskunft, man glaube, daß vielleicht der Draht seines Apparates mit dieser Erscheinung in irgendeiner Verbindung stehe. Man gab ihm die Rat, er möge, so lange er sich im Bereich des Gewitters befindet, den Draht einziehen und dies tat er sofort. Nach dem Annehmen Scherfständiger fuhr der Bliß rund um die Maschine herum und setzte seinen Weg zur Erde fort, ohne die Maschine zu beschädigen. Es stimmt dies mit den bisher gemachten Beobachtungen über das Verhalten des Blißes überein.

Jede Sekunde wird ein Mensch geboren. Kürzlich wurde bekannt, daß die deutsche Wehrmacht im Weltkrieg in jedem einzelnen Stunde einen Verlust von rund 46 Toden zu beklagen hatte. Diese Zahl gibt aber noch kein richtiges Bild von den blutigen Verlusten des Krieges, das 1623 Tage andauerte. All kriegsteilnehmenden Staaten zusammen verloren an Toten so viel, daß alle Kriegsschauplätze gleichzeitig gerechnet, bis zum Waffenstillstand, d. h. bis die deutschen Truppen über den Rhein gegangen waren, in jeder Minute rund fünf Menschen als unmittlere Kriegsteilnehmer ihr Leben einbüßten. Mitt rund 11 Millionen veranschlagt man die Todesopfer der Heere aller Staaten der Erde im eigentlichen Kriege, die Zahl der Opfer, die die Zivilbevölkerung erlitt durch Hunger, Beschneidung und weniger erfolgte Geburten, sind nicht annähernd zu schätzen. Und trotz dieser geradezu gewaltigen Zahlen sind die Bewohner der Erde in ihrer Zahl nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, denn um die Jahreswende gab es nach Zählung und sehr sorgfältiger Schätzung rund 1,8 Milliarden Menschen auf unserem Planeten gegen rund 1,6 Milliarden vor 20 Jahren. Diese starke Vermehrung findet ihre natürliche Erklärung darin, daß ein Geburtenüberschuß über die Todesfälle blieb, selbst bei Eintritt so katastrophaler Ereignisse, wie des Weltkrieges und seiner einschneidenden Folgen. In normalen Jahren wird nämlich etwa in jeder Sekunde ein Kind geboren, es stirbt aber nur ein Mensch alle 1,5 Sekunden, so daß sich die eingangs schon angedeutete Differenz von 10 Millionen im Jahr leicht ergibt. — Der Krieg hat aber außer den Toten noch 8 Millionen Krüppel in aller Herren Länder hinterlassen. In Deutschland gibt es allein 1,5 Millionen Kriegskrüppel, Blinde und dauernd Geschädigte, gegen eine Zahl von 924 000 Blinden, Geisteskranken, Verkrüppelten, Tuberkulösen im letzten Stadium, Epileptikern und unheilbar Trunkstüchtigen, die der Zivilbevölkerung entstammen.

Inferate finden durch den „überster Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „überster Volksboten“.

Südbeder Straßenbahn.
Fahrpreise ab 17. Juni 1922.

a) Einzelfahrtscheine:

bis zu 2 Zonen	bis 9 Uhr	ab 9 Uhr
für 3 u. 4 Zonen	Mk. 3.—	Mk. 5.—
5 u. 6	4.—	6.—
7 u. 8	5.—	7.—
9 u. mehr Zonen	6.—	8.—

b) Fahrtscheine ohne Zonenbegrenzung für Schüler und Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Lebensjahre
Bündel von 15 Stück zum Preise von Mk. 22.50.

c) Monatskarten nur gültig an Werktagen:

bis zu 2 Zonen	2 mal Fahrt	4 mal Fahrt
für 3 u. 4 Zonen	Mk. 180.—	Mk. 240.—
5 u. 6	165.—	230.—
7 u. 8	205.—	300.—
9 u. mehr Zonen	240.—	340.—
	290.—	500.—

d) Beförderung von Gepäckstücken und Kindern:
Fahrpreise wie zu a) für Personenbeförderung.

Zur Beachtung! Umtausch der Fahrscheinebündel des bisherigen Tarifes für Erwachsene an unserer Kasse, Roederstraße 49a, oder durch Einsendung im Briefumschlag. (3323)
Südbed., im Juni 1922
Die Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn.

Südbeder Straßenbahn

Im Einvernehmen mit der Baubehörde und dem Polizeiamte werden vor Sonntag, dem 18. Juni 1922 ab zum Besuche des Freitages auf dem Bahnhalle in Trammünde auf den Straßenbahnwagen der Linie 14 Geibelplatz-Küdnitz Tagesrückfahrkarten zum ermäßigten Preise von Mk. 9.— zu folgenden Bedingungen ausgegeben:
1. Die Karten gelten nur an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen und nur in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September.
2. Die Rückfahrt von Küdnitz muß am Ruhungstage erfolgen.
3. Der Verkauf der Karten durch die Schaffner findet nur auf der Einfahrt vom Geibelplatz nach Küdnitz statt.
Die Karten gelten auch für eine kostenlose Hin- und Rückfahrt mit der großen Fähre nach dem Strand. (3327)

Südbed., den 16. Juni 1922
Betriebsbehörde, Abtg. Straßenbahn.

Kraftfahrzeugsteuer.
Die Festlegung und Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer für inländische Kraftfahrzeuge erfolgt vom 1. Juli 1922 ab durch das Finanzamt Südbed., Fleischhauerstraße 20.
Südbed., den 10. Juni 1922.
Landesfinanzamt Mecklenburg-Südbed., 3905) Abt. Ia. für Vermögens- und Verkehrssteuern.

Bekanntmachung.
Die Bekannmachungspläne für die Erweiterungen der Sieblungen in Karlsdorf, an der Gärnergasse und an der Brandenburger Landstraße, sowie der Bekannmachungspläne für die neue Sieblung Streichgäßchen sollen festgelegt werden. (3320)
Die Pläne hierfür liegen in der Zeit vom 17. Juni 1922 bis zum 1. Juli 1922 einschließlich werktäglich von 9 bis 3 Uhr im Bauamt, Abt. Stadterweiterung, zur Einsicht aus.
Verordnungen sind dort für Mk. 2.— zu haben.
Beteiligte, die gegen die Entwurfsentwürfe Einsprüche erheben wollen, haben diese unter näherer Begründung schriftlich bis zum 6. Juli 1922 im Bauamt einzureichen.
Südbed., 15. Juni 1922
Die Baubehörde.

Am Donnerstag, 15. d. Mts., nach an den Folgen einer Operation meine liebe Frau und meine Kinder liebevolle Mutter
Wilhelmine Schröder, geb. Krieger, im Alter von 49 Jahren. (3324)
Dies zeigen an Johann Schröder und Kinder, Sülzenstraße 2.
Trauerfeier am Montag, nachm. 2½ Uhr, in der Kapelle des Bonnewerger Friedhofes.

Zu veramt, billig: Glanzglas, Gläser, Bettwäsche, Weißwaren, Bettl., Kommode u. Uhr. (3310) Gr. Bogenberg 13a.

Mal Spüren, daraus überben
Jonisjüpan
mit 1000 Stk. u. 2. u. 3. mit Obermeyer's
Robigun
denn auch schneller wie
beständiger Erfolg erzielt.
Der Nachbestellung ist
keine Grenze gesetzt zu
machen. In jedem in allen Apoth., Drog. und Parf. Anst.

Kommentar
zum
Reichsmietengesetz
von Hans Krüger
(Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium)
Mk. 20.00. (2025)

Verkauf Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Kaufe jeden Posten
Rotwein, Weißwein,
Kognak, Sekt, Korn-
und Benediktiner-
Flaschen!
Zeitungen, Papier, Lumpen, Knochen, Eisen!
Hohe Preise! (3219) Reelle Abnahme!
A. Stahlberg, Kanalstr. 47, Fernruf 2997.

Allen Vereinen
und Genossenschaften
empfiehlt sich das bestbekannte
Gymnastikschulbuch
zur Abhaltung von Festlichkeiten
und Veranstaltungen
jeglicher Art.
Abdruck und Verkaufsstellen in jeder Größe.

Wir empfehlen unseren Hausfrauen und Töchtern ganz besonders die neuerschienenen illustrierte
Schrift:
Praktische Ratschläge
für häusliches
Waschen, Plätten, Glanzplätten,
Färben, Backen, Reinigen.
Preis 24.— Mark.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., (3299)

(3297)
STOTEN, Lübeck, Falkenplatz 1.
Ankerlin
Bester Schuhputz
gibt den schönsten
Glanz, färbt nicht ab
und erhält das Leder.

16 u. 34 Markthall, Gld. 16 u. 34
Fr. Ochsenhaff Wd. 28.—, Brägen Wd. 25.—,
pa. fr. Leber Wd. 40.—, Ochsenjungen 38.—,
bißl. Schweinebacken und Schweinefleisch. (3300)



Sie sollen mich
kennen lernen
und weiter von mir
hören. Ich wohne
50 Hüxstr. 50
Meine Telefon-Nr. ist
2873.
Der weiteste Weg lohnt sich.
In hiesiger, vollstündige Eisbeine
sowie Ochsenbacken u. Kopsfleisch.
Nur Markthallen-Stand 8-9.
Mart. Nehtsen.